

The logo consists of the text 'DL21' in white, bold, sans-serif font, set against a solid red rectangular background.

FORUM DEMOKRATISCHE LINKE
DIE LINKE IN DER SPD.

READER

ABRÜSTUNG und RÜSTUNGSKONTROLLE

Hilde Mattheis, MdB, Bundesvorsitzende Forum DL21
März 2019



Inhalt

1. Einleitung.....	2
2. Rüstungsimporte und -exporte Deutschland und weltweit.....	4
3. Übersicht: Internationale Verträge zur Abrüstung.....	9
4. Vorhaben der Koalition 2018-2021 laut Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD.....	16
5. Wolfgang Biermann: Es eilt für Initiativen zur Durchsetzung von Abrüstung und Entspannungspolitik.....	18
6. Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern	22
7. Rolf Mützenich: Zehn Thesen zur unverminderten Relevanz von Abrüstung und Rüstungskontrolle.....	28
8. Götz Neuneck: Nukleare Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung (bpb).....	40
9. MIT-Professor Theodore Postol über INF-Vertrag: Öffnen Trump und Putin die Büchse der Pandora?	52
10. SPD-Europapolitiker fordern neue Entspannungspolitik.....	56
11. Ulrich Kühn: Sprengpotenzial (IPG)	60

1. Einleitung

Der Schrecken der Atombomben, die am Ende des 2. Weltkrieges auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden, machten deutlich, dass die Menschheit seitdem das Potential erreicht hatte, sich mit Waffen selbst auszulöschen. Die permanente Bedrohung eines dritten Weltkrieges führte bei vielen Staatenlenkern zur Einsicht, dass nur durch weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle eine dauerhafte Friedensschaffung und -wahrung gelingen kann. Gerade die Sozialdemokratie betrachtete Abrüstung immer als Grundpfeiler ihrer Außen- und Sicherheitspolitik. Entsprechend führten Maßnahmen, die der Abschreckung dienen sollten, z.B. der NATO-Doppelbeschluss, zu kontroversen Diskussionen innerhalb der SPD.

Mit Ende des Kalten Krieges zwischen Ost und West bestand die Hoffnung, dass die weltweiten Arsenale an ABC-Waffen und konventionellen Rüstungsgütern abgebaut werden könnten. Diese Hoffnung hat sich zerschlagen. Seit Ende der 90er Jahre steigen die Ausgaben für Rüstung weltweit stetig an. Die USA sind Spitzenreiter in Sachen Rüstungsausgaben. Sie wendeten 1997 413 Milliarden US-Dollar auf, ließen die Ausgaben dann 2007 auf 644 Milliarden anwachsen und erreichen 2017 immer noch rund 610 Milliarden US-Dollar Rüstungsausgaben. Damit ist der amerikanische Militärhaushalt dreimal so groß wie der Chinas, die auf Rang 2 stehen. Die Volksrepublik hatte 1997 noch geringere Militärausgaben als die Bundesrepublik (ca. 28 Milliarden US-Dollar), gibt aber inzwischen rund 228 Milliarden Dollar für Rüstung aus. Die Bundesrepublik hat im Zehnjahresverlauf zwischen 1997 und 2007 ihren Verteidigungshaushalt ebenfalls kräftig nach oben gefahren und liegt mit ca. 45 Milliarden US-Dollar im Jahr 2017 auf Platz neun der weltweiten Rangliste. Weltweit wurden 2017 1,74 Billionen Dollar für Waffen und andere Rüstungsgüter ausgegeben.

Nicht erst mit der Präsidentschaft von Donald Trump hat sich die NATO einer Aufrüstungsstrategie verschrieben. Bereits 2002 hatte das Bündnis beschlossen, dass der Verteidigungshaushalt jedes Mitgliedstaates zwei Prozent des BIP betragen sollte. 2014 wurde dieses 2-Prozent-Ziel bekräftigt und bestätigt. Deutschland gibt derzeit 1,24% des BIP für Rüstung aus, die Bundesregierung will diese Ausgaben bis 2024 auf 1,5% des BIP erhöhen. Parallel zu dieser weltweiten Aufrüstung kommt immer aggressivere nationalistische Rhetorik und Politik, die sich immer schneller von internationaler Kooperation und Rüstungskontrolle entfernen. Der letzte traurige Höhepunkt ist die Ankündigung des amerikanischen und des russischen Präsidenten aus dem 1987 geschlossenen INF-Vertrag auszusteigen, da sich die USA und Russland jeweils vorwerfen, den Vertrag schon seit längerem zu verletzen und in Europa neue Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper zu installieren. Die Sorge vor einem neuen Wettrüsten ist damit real.



In dieser Situation ist sozialdemokratische Friedenspolitik so wichtig wie nie. Die SPD darf nicht die Logik übernehmen, dass wir in unsicheren Zeiten unsere Militärausgaben erhöhen sollten, um mit Abschreckung das Land zu verteidigen. Dieser Weg wäre hochgefährlich und verantwortungslos. Wir müssen die politische Kraft bleiben, die durch Kooperation und Dialog internationale Konflikte zu lösen versucht. Wir dürfen nicht nachlassen in unseren Bestrebungen für eine Friedenspolitik, die ihren Namen verdient, d.h. Abrüstung weltweit zu forcieren, Rüstungsausgabe und Rüstungsexporte konsequent zurückzufahren und innerhalb der Europäischen Union eine gemeinsame Verteidigungspolitik voranzutreiben, die nicht zu einer Erhöhung der Militärausgaben, sondern zu einer Bündelung von Ressourcen und Personal führt. Wir wissen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass Wettrüsten und Krieg politische Konflikte nicht lösen wird können. Aufgrund dieses Ansatzes hat Willy Brandt 1971 den Friedensnobelpreis erhalten. Die Worte bei seiner Dankesrede gelten bis heute fort: „Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio.“ In einer Welt mit irrationalen Staatenlenkern muss die SPD mehr denn je die Kraft des Verstandes sein, d.h. die Partei sein, die unmissverständlich für Abrüstung und Frieden arbeitet.

Mit solidarischen Grüßen

Hilde Mattheis, MdB
Bundesvorsitzende DL21

2. Rüstungsimporte und -exporte Deutschland und weltweit

Aus Rüstungsexportbericht 2017 der Bundesregierung:

Abb. 1: Entwicklung Wert der Einzelgenehmigungen von 2007 bis 2017 (in Millionen Euro)

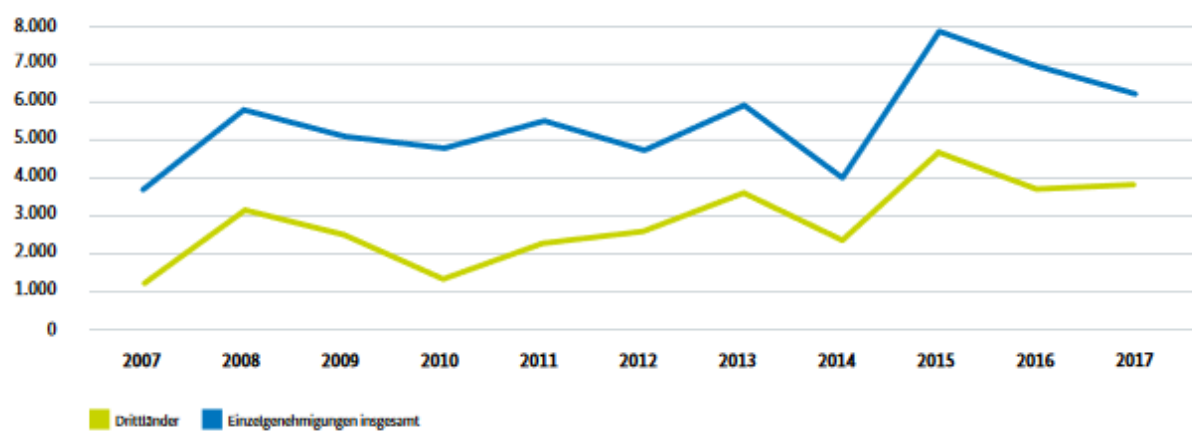
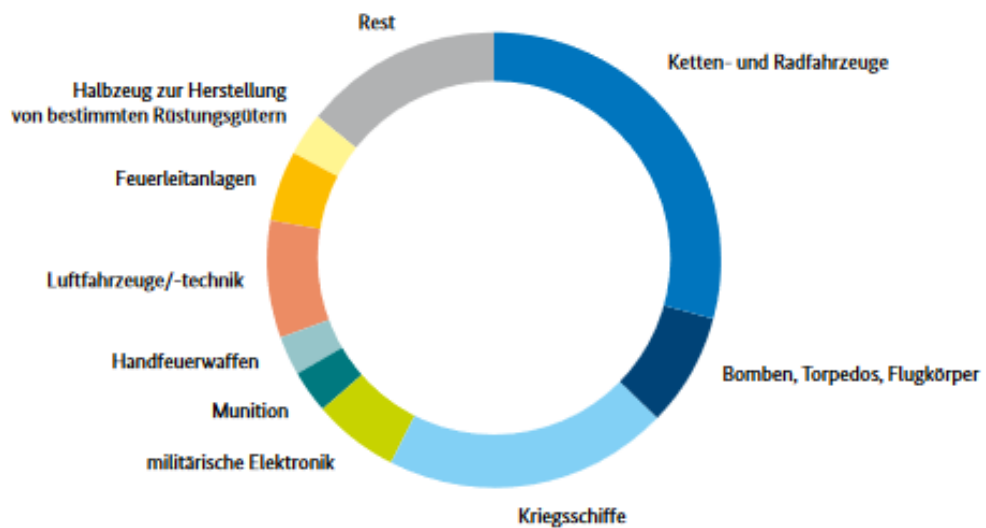


Tabelle C: Ausfuhrgenehmigungen in den Jahren 2007 bis 2017

Jahr	EU-Länder (in Mio. €)	NATO- oder NATO-gleichgestellte Länder (ohne EU-Länder) (in Mio. €)	Drittländer (in Mio. €)	Einzelgenehmigungen gesamt (in Mio. €)	Sammelausfuhr- genehmigungen gesamt (in Mio. €)
2007	1.297	1.141	1.230	3.668	5.053
2008	1.839	809	3.141	5.788	2.546
2009	1.445	1.106	2.492	5.043	1.996
2010	2.315	1.056	1.383	4.754	737
2011	1.954	1.162	2.298	5.414	5.381
2012	971	1.129	2.604	4.704	4.172
2013	1.168	1.071	3.606	5.846	2.495
2014	817	753	2.404	3.961	2.545
2015	2.475	763	4.621	7.859	4.960
2016	1.353	1.827	3.668	6.848	59
2017	1.483	965	3.795	6.242	325

**Tabelle J: Kriegswaffenausfuhren in den Jahren
2007 bis 2017**

Jahr	Gesamtwert in Mio. €	Anteil in Prozent am deutschen Gesamtexport
2007	1.510,1	0,16
2008	1.427,2	0,14
2009	1.338,8	0,17
2010	2.119,0	0,22
2011	1.284,7	0,12
2012	946,0	0,09
2013	956,6	0,09
2014	1.826,0	0,16
2015	1.554,9	0,13
2016	2.501,8	0,21
2017	2.651,7	0,21

Abb. 2: Anteil der wichtigsten Ausfuhrlisten-Positionen an Einzelgenehmigungen (nach Wert) im Jahr 2017:

**Tabelle D: Kriegswaffengenehmigungen in Drittländer
im Jahr 2017**

Land	Einzelbescheide oder -meldungen für Kriegswaffen	Wert in €
Algerien	4	901.159.780
Ägypten	4	445.445.933
Botsuana	1	70.754
Brasilien	2	111.609
Chile	1	25.000
Georgien	1	68.673
Indien	3	4.946.800
Indonesien	3	3.258.700
Israel	2	1.101.200
Jordanien	3	12.102.870
Korea, Republik	3	753.501
Libanon	1	9.500
Malaysia	1	1.500.375
Mali [VN-Mission]	1	111.100
Oman	4	2.466.610
Saudi-Arabien	5	152.192.743
Singapur	4	10.316.970
Südafrika (Niederländische Armee)	1	25.000
Trinidad und Tobago	1	301.200
Tunesien	1	22.800
Vereinigte Arabische Emirate	4	45.093.621
Gesamt	50	1.581.084.739

Aus dem Jahrbuch 2018 von SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute):

WELTWEITE MILITÄRAUSGABEN, 2017

Region	Ausgaben (US\$ Mrd.)	Veränd- erung (%)
Afrika	(42,6)	-0,5
Nordafrika	(21,1)	-1,9
Subsahara-Afrika	21,6	0,9
Amerika	695	0,0
Mittelamerika und Karibik	7,6	-6,6
Nordamerika	630	-0,2
Südamerika	57,0	4,1
Asien und Ozeanien	477	3,6
Zentral- und Südasien	82,7	3,0
Ostasien	323	4,1
Ozeanien	29,9	-0,6
Südost-Asien	41,1	0,1
Europa	342	-2,2
Mitteleuropa	24,1	12
Osteuropa	72,9	-18
Westeuropa	245	1,7
Naher Osten
Weltweit	1 739	1,1

() = ungefähre Schätzung; .. = keine Daten verfügbar. Alle Angaben in US-Dollar zum Tageskurs (2016). Alle Änderungen werden real ausgewiesen im Zeitraum 2016–17.

THE 10 LARGEST ARMS EXPORTERS

2013–17

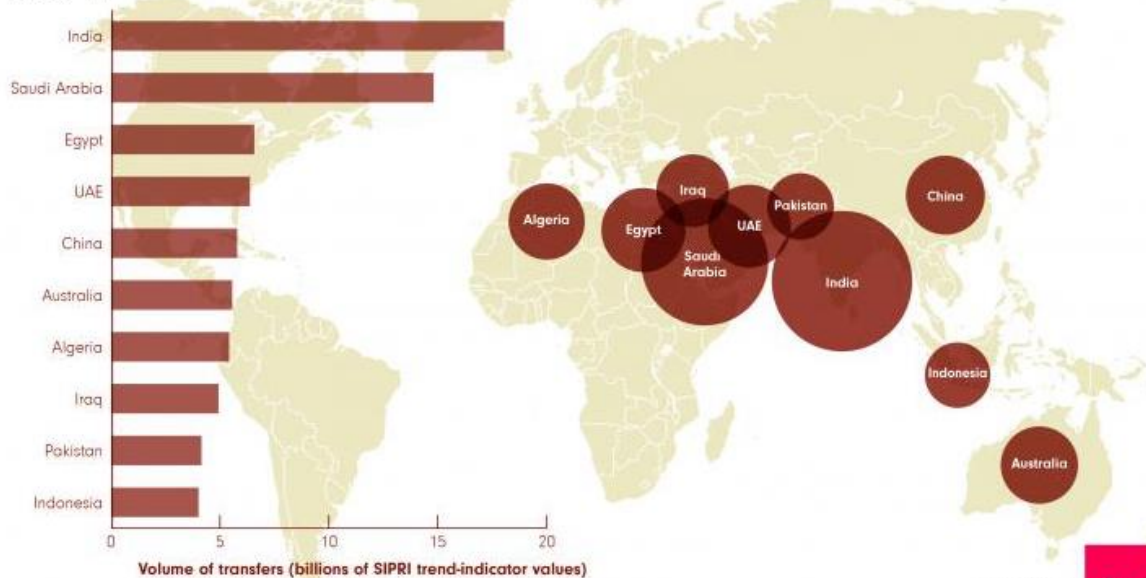


Source: SIPRI Arms Transfers Database (12 March 2018)

www.sipri.org
© SIPRI 2018

THE 10 LARGEST ARMS IMPORTERS

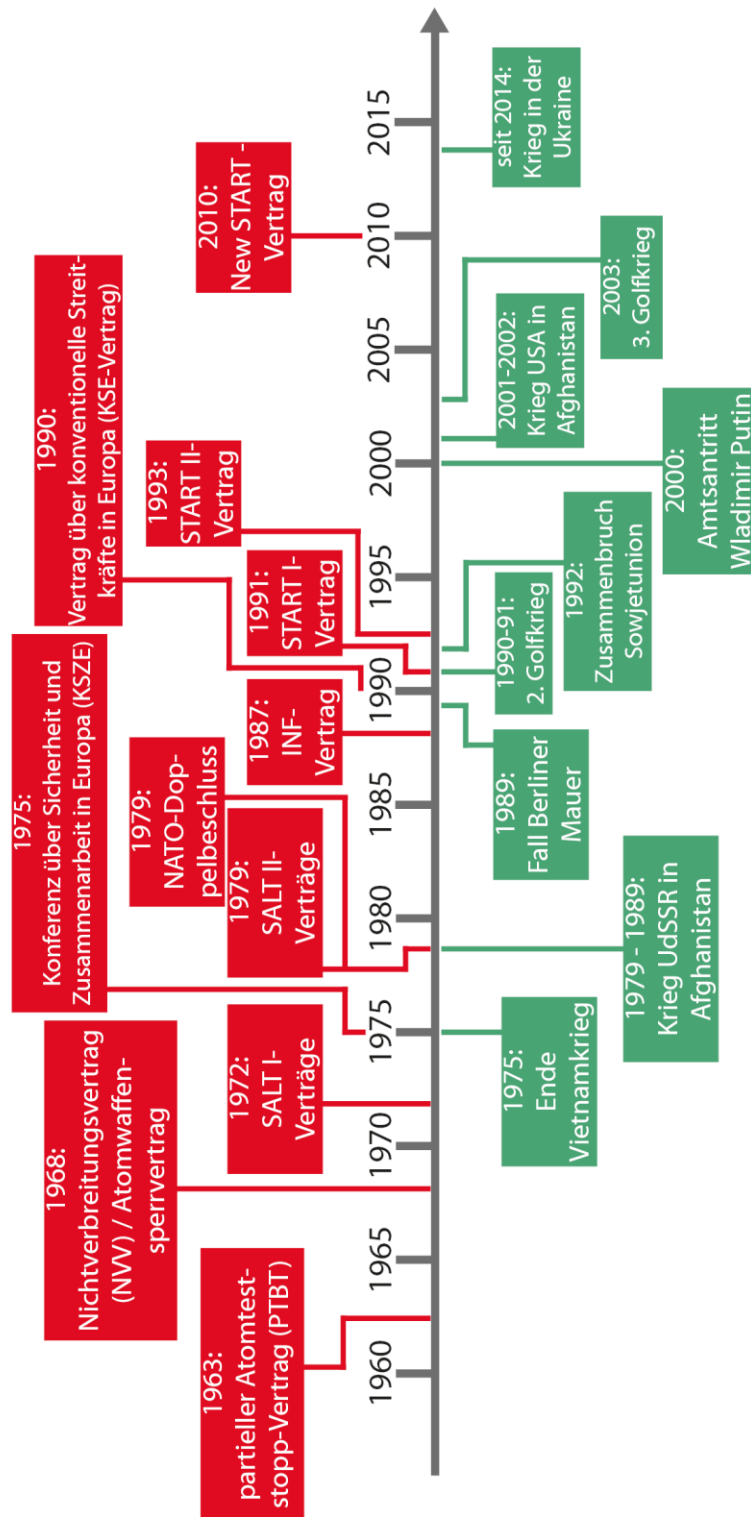
2013–17



Source: SIPRI Arms Transfers Database (12 March 2018)

www.sipri.org
© SIPRI 2018

3. Übersicht: Internationale Verträge zur Abrüstung



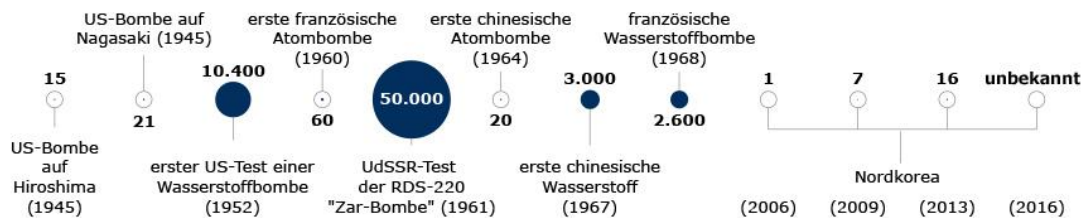
Partieller Atomteststopp- Vertrag (PTBT)

Die Anzahl an Atomwaffentests war Anfang der 1960er Jahren so hoch wie nie zuvor, denn Atomwaffen galten als das beste Konzept zur Abschreckung. Allein im Jahr 1962 gab es ca. 180 Atomwaffentests. Diese waren mit einer starken nuklearen Belastung für die Bevölkerung und darauf folgenden gesundheitlichen Schäden verbunden. Um diese Belastung zu verringern, wurde am 5. August 1963 ein Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffentests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, der partielle Atomteststoppvertrag (PTBT), von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet. Mittlerweile haben den Vertrag mehr als 120 Staaten ratifiziert. Deutschland unterzeichnete das Abkommen am 19. August 1963.

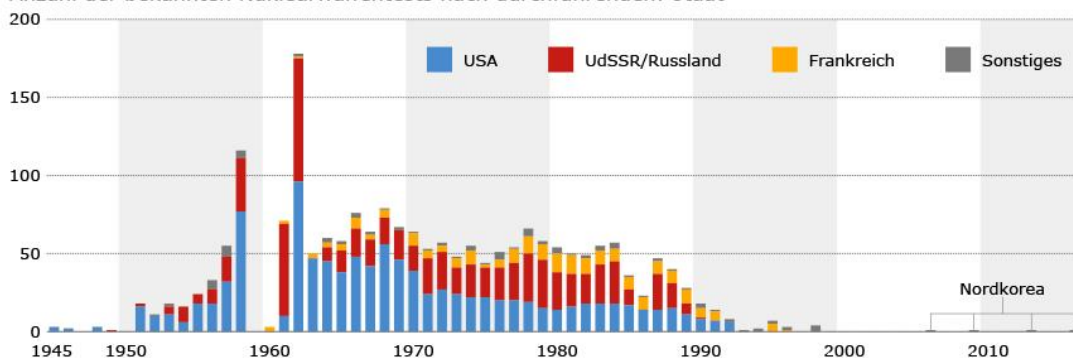
Der PTBT verbietet oberirdische Atomwaffentests, also Test in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, und Tests die zu radioaktiven Ablagerungen (Fallout) außerhalb der Grenzen des Landes, das den Test verrichtet, führen.

Atomwaffentests weltweit

Sprengkraft ausgewählter Atomwaffen in Kilotonnen



Anzahl der bekannten Nuklearwaffentests nach durchführendem Staat



Quelle Grafik: <https://de.statista.com/infografik/4200/atomwaffentests-weltweit/>

Nichtverbreitungsvertrag (NVV)/Atomwaffensperrvertrag:

Der NVV wurde am 01.06.1968 von der UdSSR, den USA und Großbritannien unterzeichnet und trat am 05.03.1970 in Kraft.

Die drei Kernaussagen des NVV sind:

1. Nichtverbreitung: Der Verzicht auf den Erwerb und die Weitergabe von Atomwaffen
2. Abrüstung: Vollständige nukleare Abrüstung
3. Atomenergie: Kooperation der Mitgliedsstaaten bei der friedlichen Nutzung von Kernenergie

Zu den ersten weiteren Unterzeichnern gehörten der Iran (1968) und die Bundesrepublik Deutschland (1969). Mittlerweile haben 191 Staaten den Vertrag unterzeichnet. Nur Indien, Pakistan, Israel und Süd-Sudan gehören dem NVV nicht an. Zur Überprüfung der Einhaltung und Weiterentwicklung des Nichtverbreitungsvertrags, findet alle fünf Jahre eine Überprüfungskonferenz statt. Den fünf Staaten, die zurzeit der Vertragsunterzeichnung bereits Atomwaffen besaßen (die USA, die Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und China) wurde der Besitz von Atomwaffen übrigens nicht untersagt.

SALT I-Verträge (Strategic Arms Reduction Treaty):

Die Verhandlungen über die SALT I-Verträge verliefen zwischen den USA und der UdSSR. Sie waren sehr zeitaufwendig und haben sich mit mehr als 130 Sitzungen über mehrere Jahre hinweg gezogen, woraufhin der Vertrag am 26. Mai 1972 unterzeichnet wurde. Jedoch führten die Verhandlungen zu zwei wichtigen Ergebnissen, die das Wettrüsten einschränkten.

1. Der Vertrag über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (ABM-Vertrag – Anti-Ballistic Missile Treaty). Im ABM-Vertrag einigten sich die USA und die UdSSR darauf, ihre Stellungen für Raketenabwehr (ABM-Stellungen) zu reduzieren. 2002 kündigten die USA den Vertrag und begründeten dies mit der veränderten Sicherheitslage nach dem 11. September.
2. Ein für fünf Jahre geltendes Interimsabkommen, welches die Anzahl von Langstreckenraketen und U-Booten begrenzt.

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Um über die Wahrung des Friedens in Europa zu diskutieren und eine politische Zusammenarbeit zu organisieren, schlugen die Staaten des Warschauer Paktes vor, eine europäische Konferenz

einzuberufen. An dieser Konferenz haben alle europäischen Staaten, außer Albanien, die USA, Kanada und die Sowjetunion teilgenommen. Die Eröffnung der KSZE war am 3. Juli 1973, die Schlussakte wurde dann zwei Jahre später am 1. August 1975 beschlossen. In dieser formulierten die Staaten folgende zehn Prinzipien zur Regelung ihrer Beziehungen:

1. Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte
2. Enthaltung von der Anordnung oder Anwendung von Gewalt
3. Unverletzlichkeit der Grenzen
4. Territoriale Integrität der Staaten
5. Friedliche Regelung von Streitfällen
6. Nichteinmischung in innere Angelegenheiten
7. Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten
8. Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker
9. Zusammenarbeit zwischen den Staaten
10. Erfüllung völkerrechtlicher Pflichten nach Treu und Glauben

SALT II-Verträge

Im Gegensatz zu den SALT I-Verträgen, welche nur die Langstreckenraketen behandelt haben, wurde bei den Verhandlungen der SALT II-Verträge vor allem über die Limitierung der Mittelstreckenraketen diskutiert. Beide Seiten haben somit das gleiche Limit des Besitzes von nuklear-strategischen Waffensystemen vereinbart. Außerdem ist die Entwicklung einiger Systeme, wie z.B. ein System zur Stationierung von Massenvernichtungswaffen in der Erdumlaufbahn, durch die SALT II-Verträge verboten. Der am 18. Juni 1979 unterzeichnete Vertrag, war bis zum 31. Dezember 1985 befristet. Jedoch wurde er nie vom amerikanischen Senat ratifiziert, da dieser wegen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan im Dezember 1979 eine ablehnende Haltung gegenüber der Sowjetunion hatte. Trotzdem hielten sich beide Vertragsparteien weitgehend an die Verträge.

NATO-Doppelbeschluss

Nachdem die Sowjetunion mehrere SS-20 Mittelstreckenraketen stationierte, die auf Europa zielten, beriet sich die NATO darüber, wie sie damit umgehen sollte. Das Ergebnis war der NATO-Doppelbeschluss. Dieser forderte die Vernichtung der SS-20 Raketen. Passierte dies nicht, würde die NATO ebenfalls Raketen aufstellen. Die Sowjetunion hatte nicht begonnen abzurüsten, somit stellte

die NATO ebenfalls Mittelstreckenraketen auf und es begann ein erneutes Wettrüsten zwischen den USA und der Sowjetunion.

INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces)

Im Dezember 1987 unterschrieben die USA und die Sowjetunion den INF-Vertrag. Beide Seiten verpflichteten sich alle landgestützten, nuklear bestückbare Raketen mit einer Reichweite von 500-5.500 km innerhalb von drei Jahren zu zerstören. Beide Seiten vernichteten unter gegenseitiger Kontrolle alle vereinbarten Waffen. Bei den USA handelte es sich dabei um 846 Raketen und in der Sowjetunion um 1846 Raketen. Außerdem wurden der Besitz, die Lagerung, die Wiedereinführung, die Produktion und die Tests solcher Systeme verboten. Beide Länder besaßen das Recht, Einrichtungen des jeweilig anderen Landes zu überprüfen. Dieses Recht galt für 13 Jahre und endete am 31.05.2001. Seitdem gilt der Vertrag als vollständig ausgeführt. Artikel 15 des INF-Vertrags besagt, dass der Vertrag auf unbestimmte Zeit gilt und er jederzeit gekündigt werden kann, wenn „außerordentliche Ereignisse die wichtigsten Interessen des betreffenden Staates gefährden“ (INF-Vertrag, Artikel 15). Bereits ab 2004 kündigte Russland als Rechtsnachfolger der UdSSR an, dass der Vertrag nicht mehr den russischen Sicherheitsinteressen entspreche, da mehrere Staaten in Asien Marschflugkörper besaßen. Auch wehrte sich Russland gegen die Stationierung von Mittelstreckraketen durch die USA in Polen im Zuge eines europäischen Raketenabwehrsystems. Russland und die USA warfen sich in Folge gegenseitig vor, gegen den Vertrag zu verstoßen. Die USA verkündeten im Oktober 2018 den Vertrag zu kündigen.

Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)

1990 schlossen die damaligen Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa ab (KSE-Vertrag). Er hat das Ziel die Anzahl schwerer Waffensysteme, innerhalb 40 Monaten, auf beiden Seiten zu verringern. In beiden Gebieten, sollen jeweils insgesamt nicht mehr als 40.000 Kampfpanzer, 60.000 gepanzerte Kampffahrzeuge, 40.000 Artilleriewaffen, 13.600 Kampfflugzeuge und 4.000 Angriffshubschrauber verfügbar sein. Dies führte zur Abrüstung von ungefähr 60.000 Waffensystemen.

START I (Strategic Arms Reduction Treaty)

Das Ergebnis von ca. neun Jahren Verhandlungen zwischen den USA und der damaligen UdSSR ist der 1991 unterzeichnete START I-Vertrag. Der Vertrag bestimmt Obergrenzen zu den Beständen strategischer Nuklearwaffensysteme, dazu gehören sowohl die Trägersysteme, als auch die Sprengköpfe. Beide Länder kontrollierten sich gegenseitig und haben das Ziel erreicht. Der Vertrag lief im Dezember 2009 aus.

START II

1993 unterzeichneten die USA und Russland den START II-Vertrag. Dieser sieht eine über START I herausgehende Verringerung der Nuklearwaffensysteme vor. Die Ratifizierung des START II durch Russland erfolgte erst im Jahr 2000. START II trat nie in Kraft und wurde 2002 durch das SORT Abkommen zwischen den USA und Russland abgelöst.

SORT (Strategic Offensive Reductions Treaty)

Der im Jahr 2002 unterzeichnete, bis 2012 geltende SORT-Vertrag, ist ein weiteres Abkommen zur Regelung der Nuklearwaffenbestände. Er fordert eine weitere Reduzierung der Bestände. Die überschüssigen Systeme werden jedoch lediglich in ein Lager verbracht und müssen nicht vernichtet werden.

New START (Prager Vertrag)

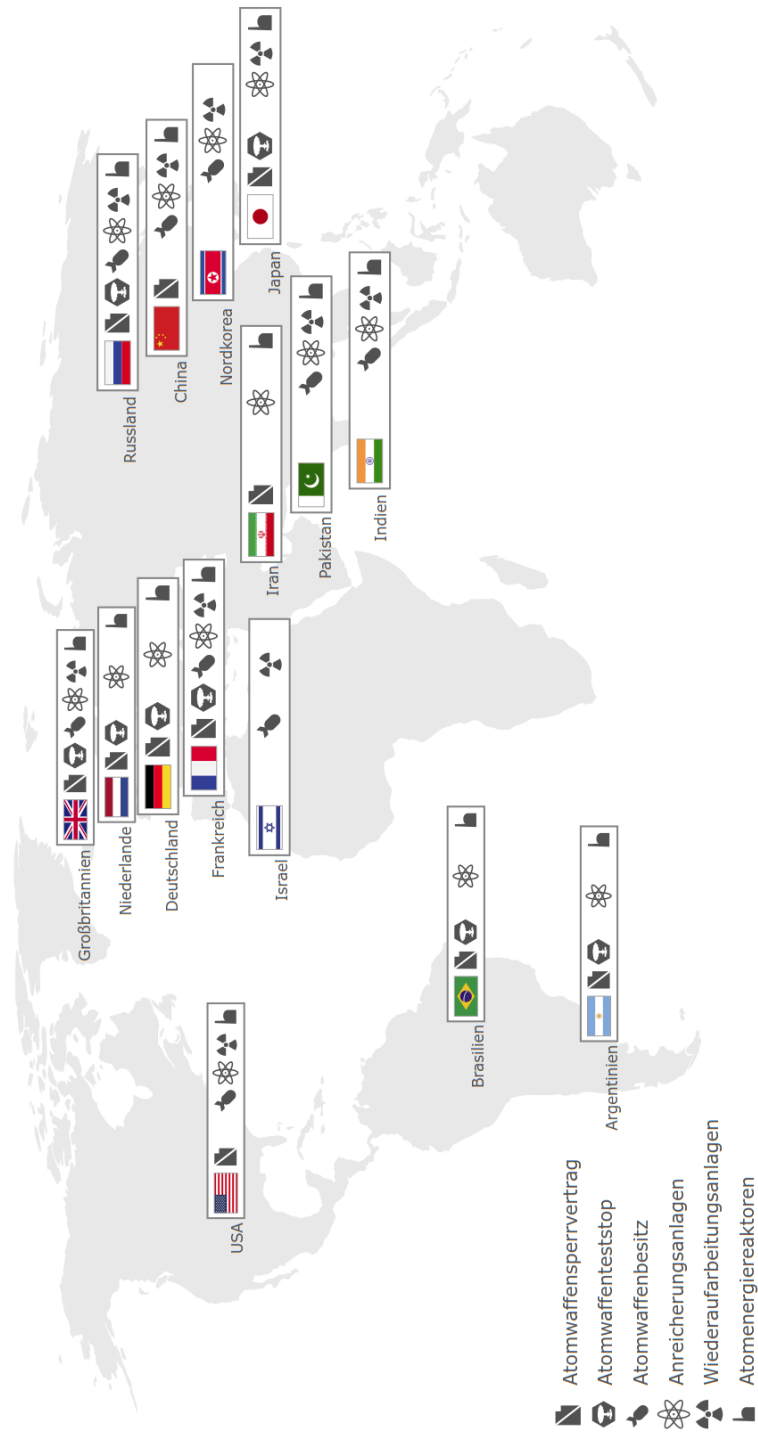
Als Nachfolgeabkommen zum START I-Vertrag haben die USA und Russland im Jahr 2010 den New START-Vertrag unterzeichnet. Er regelt weitere Abrüstungsmaßnahmen und setzt die Obergrenzen der Bestände deutlich niedriger als der START I-Vertrag.

	Obergrenze Sprengköpfe	Obergrenze Trägersysteme	Laufzeit
START I	6000	1600	Bis 05.12.2009
START II	3000-3500	Keine ICBMs* mit Mehrfachsprengköpfen	Nicht in Kraft
SORT	1700-2200	Keine Festlegung	Wird durch New START ersetzt
New START	1550	700 + 100 Reserve	Zehn Jahre ab Ratifizierung

*ICBM: Interkontinentalraketen, engl. Intercontinental Ballistic Missile

■ Atomkräfte weltweit 2018

Atomwaffensperrvertrag, Kernwaffenteststoppvertrag, Atomwaffen, Anreicherungsanlagen, Wiederaufarbeitungsanlagen, Atomenergiereaktoren



Quelle: UNODA 2018, CTBTO 2018, IPFM 2018, IAEA 2018, FAS 2018
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
bpb/BICC, 2018, sicherheitspolitik.bpb.de

4. Vorhaben der Koalition 2018-2021 laut Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD

Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt:

Die Bundesregierung setzt sich für eine „dauerhaft friedliche, stabile und gerechte Weltordnung ein“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD, 2018, S.144), dazu gehören unter anderem mehr Ausgaben für die Bundeswehr, die Stärkung internationaler Kooperationen und die Stärkung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Bundeswehr sei ein unverzichtbarer Bestandteil der deutschen Sicherheitspolitik. Zusätzlich entstehende Handlungsspielräume sollen hauptsächlich für die Bundeswehr und für die Krisenprävention, humanitäre Hilfe, auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit verwendet werden. Des Weiteren solle das Ziel verfolgt werden, ein Konzept für Sicherheit zu entwickeln, denn die Anwendung militärischer Mittel könne zur Abwehr von Gewalt und Terror erforderlich sein.

Die Bundesregierung will vor allem die Kooperationen mit den Vereinten Nationen, den USA und Kanada, der NATO, der OSZE und dem Europarat stärken. Außerdem besteht ein großes Interesse an einer guten Partnerschaft mit Russland.

Bei der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, besteht das langfristige Ziel der Schaffung einer „Armee der Europäer“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD, 2018, S.146). Militärische Zusammenarbeit soll fortentwickelt werden, dabei solle ein „abgemessen ausgestattetes Hauptquartier zur Führung der zivilen und militärischen Missionen“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD, 2018, S.145) errichtet werden.

Restriktive Rüstungspolitik:

„Rüstungskontrolle und Abrüstung bleiben prioritäre Ziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Wir wollen ein neues konventionelles und nukleares Wettrüsten auf unserem Kontinent vermeiden. Deutschland wird deshalb neue Initiativen für Rüstungskontrolle und Abrüstung ergreifen. Wir setzen uns entschlossen für die weltweite verifizierbare Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen ein.“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD, 2018, S.148)

Ziele der restriktiven Rüstungspolitik sind:

- ➔ Eine Nuklearwaffenfreie Welt
- ➔ Die Einhaltung und stetiger und verantwortlicher Ausbau der Nichtverbreitungs- und Kontrollregime
- ➔ Der Einsatz für die strikte Einhaltung des INF-Vertrags

- ➔ Den Abzug der in Deutschland und Europa stationierten Nuklearwaffen durch Abrüstungsgespräche ermöglichen
- ➔ Die konventionelle Rüstungskontrolle stärken
- ➔ Die Rüstungsexporte für Drittländer, die weder NATO noch EU-Mitgliedstaaten sind, weiter einschränken
- ➔ Keine Kleinwaffenlieferungen an Drittländer
- ➔ Keine Ausfuhren an Länder, die unmittelbar mit dem Jemen-Krieg in Verbindung stehen, genehmigen
- ➔ Eine gemeinsame europäische Rüstungsexportpolitik

Quelle: Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD, 2018, S.15, 17, 144-148, 156-159

5. Es eilt für Initiativen zur Durchsetzung von Abrüstung und Entspannungspolitik

von Wolfgang Biermann

Bereits zweimal stand die Welt vor dem atomaren Abgrund – und wurde durch Entspannung und Rüstungskontrolle davor bewahrt:

Erstens vor und während der Kubakrise, bis US-Präsident John F. Kennedy und der sowjetische Generalsekretär Nikita Chruschtschow im letzten Moment am 28. Oktober 1962 beschlossen, statt Atomwaffen einzusetzen, sie lieber abziehen – aus Kuba und aus West Europa.

Zweitens Anfang der achtziger Jahre, als die Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt bis an den Rand des Atomkriegs „durch Fehleinschätzung“ stand.

Dass diese Gefahren keine Phantasiegespinste, sondern Realität waren, zeigen Dokumente, die das National Security Archive der Georgetown University immer wieder unter Berufung auf die Freedom of Information Act zur Verfügung gestellt bekam und veröffentlichte. Hier ein Beispiel:

- In Reagans Notiz über das *"erste wirkliche Treffen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion seit Beginn der Regierung [Reagan]"* im **Juni 1983 zwischen Generalsekretär Juri Andropov und dem US-Gesandten Averell Harriman**, betont er, dass Andropov vier Mal vor einem Atomkrieg durch Fehlkalkulation warnte. Harriman, der während des Zweiten Weltkriegs mit Stalin verhandelt hatte, kam zu dem Schluss, dass Andropov *"offenbar die echte Sorge hatte, dass wir durch Fehlkalkulation in Konflikt geraten könnten"*.¹

Auffallend sind Parallelen der Entwicklungen Anfang der 60er Jahre, Anfang der 80er Jahre und 2017/2018:

Sowohl vor und während der Kuba-Krise (1958-1962) als auch während der „Nuklearen Konfrontationsphase“ (National Security Archive über die Zeit vor und nach 1983) spielte die Stationierung von Mittelstreckenraketen - und ihr Abzug eine Schlüsselrolle.

- Eskalation der Gefahren durch militärisches Wettrüsten, Atomkriegsgefahr „aus Versehen“² und Mittelstreckenraketen
- Entspannung durch Rüstungskontrolle, Strategy for Peace, „Wandel durch Annäherung“ und Mobilisierung der Zivilgesellschaft:

1962: Kuba-Krise – „Kriegsverhinderung durch Rüstungskontrolle“

Eskalationsphase:

1958 begannen die USA mit der Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa. Im Sommer 1962 begann die UdSSR auf Kuba – heimlich – mit der Stationierung von tausenden sowjetischen Soldaten zum Schutz vor einer weiteren Intervention³ und begann mit dem Aufbau von 36 Mittelstreckenraketen. Die USA reagierten mit einer Seeblockade, mobilisierten 400.000 US-

1 Talking Points for Meeting with Ambassador to the Soviet Union Arthur Hartman, March 28, 1984, Confidential, Reagan Presidential Library, Matlock files, Chron June 1984, in: <http://www.nsarchive.org>

2 Risikobericht zu Nuklearwaffen – Ganz dicht an der Explosion, in: SZ Mai 2014, / – <https://www.sueddeutsche.de/wissen/2.220/risikobericht-zu-nuklearwaffen-ganz-dicht-an-der-explosion-1.1947810>

3 Die erste Intervention in der "Schweinebucht"

Soldaten und 70 B-52 Atombomber, die „die Tag für Tag und Nacht für Nacht die Grenzen des sowjetischen Luftraums abflogen“⁴.

„Entspannungspolitische Phase“:

Buchstäblich in letzter Minute am **28. Oktober 1962**, nachdem alle Vorbereitungen für den Atomwaffeneinsatz getroffen waren, verhandelte Präsident John F. Kennedy (entgegen dem Rat der meisten Berater) mit Nikita Chruschtschow über das erste „Rüstungskontrollabkommen“: Abzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen aus Kuba, (damals –vor den Verbündeten! – geheimgehaltener)⁵ Abzug der amerikanischen Mittelstreckenraketen, die seit 1958 in Großbritannien, der Türkei und Italien stationiert waren. Die Vereinbarung war verbunden mit der Zusage der USA, keinesfalls in Kuba zu intervenieren.

Lessons Learned?

„Kriegsverhütung durch Rüstungskontrolle“, später ein „Grundpfeiler der Entspannungspolitik Willy Brandts“⁶, um den Atomkrieg zu verhindern.

1963:

„Strategy for Peace“ als amerikanische Entspannungspolitik

Als Lehre aus der Kubakrise verkündete Präsident J. F. Kennedy die „Strategy for Peace“ in einer Rede am 10. Juni 1963 vor der Washington University.

„Entspannungspolitische Phase“:

Die Eskalation der Kuba-Krise hätte zur „Vernichtung beider Länder binnen 24 Stunden führen können“, begründete Kennedy seinen Beschluss, eine „**Strategy of Peace**“ einzuleiten anstelle der „der Pax Americana, die der Welt durch amerikanische Kriegswaffen aufgezwungen wird“⁷.

Als ersten Schritte nannte er einen Vertrag über das **Atomtestverbot**. (Auf Drängen der Militärs war es nur ein **begrenztes Atomtestverbot**, das von der UdSSR, UK und den USA im August 1963 unterzeichnet wurde. Als nächstes vereinbarten Kennedy und Chruschtschow die Einrichtung eines Heißen Drahtes.

Lessons Learned?

Kennedys Strategy for Peace war der amerikanische erste Schritt zur Entspannungspolitik. Zwar wurde am 22. November 1963 Kennedy ermordet, 1964 Nikita Chruschtschow gestürzt.

Aber ihre Lehre aus der Kuba-Krise – **Rüstungskontrolle statt Atomkrieg** – galt auch in den Folgezeiten des Kalten Krieges: USA und UdSSR einigten sich in den folgenden Jahren auf eine Reihe von Rüstungskontrollabkommen zur Kriegsverhütung und Begrenzung des Wettrüstens mit Atomwaffen, Raketen und Raketenabwehrsystemen.

--

4 Norbert Greiner, Kubakrise: Als die Welt am Abgrund stand, Zeit online 21.08.2012 / – <https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2012/03/kubakrise-kalter-krieg/komplettansicht>

5 1963-01-30. – (SPIEGEL) – NATO / RAKETEN-STRATEGIE, Rückzug angeordnet / – <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45142180.html>

6 Egon Bahr, Hans-Dietrich Genscher, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker am 11.12.2011 in ihrer „Stellungnahme aus Anlass des 40. Jahrestages der Osloer Rede Willy Brandts bei der Übergabe des Friedensnobelpreises 1971 am 11.12.1971“

7 Übersetzung: Rede auf der Abschlussfeier der American University / – <https://www.jfklibrary.org/JFK/Historic-Speeches/Multilingual-American-University-Commencement-Address/Multilingual-American-University-Commencement-Address-in-German.aspx>

2007-10-08. -- A Look Back ... Remembering the Cuban Missile Crisis – — Central Intelligence Agency, in: <https://www.cia.gov/news-information/featured-story-archive/2007-featured-story-archive/a-look-back-remembering-the-cuban-missile-crisis.html>

1979-1989:

"Zweite Phase der Entspannungspolitik" gegen "die zweite Phase des Kalten Krieges"

"Eskalationsphase":

Gegen Ende der 70er Jahre verschlechterten sich die Ost-West-Beziehungen dramatisch: Rüstungskontrollgespräche stagnierten, in Europa begann ein neuer Rüstungswettlauf mit begrenzt einsetzbaren Atomwaffen begann (Stichworte: „Neutronenbombe“, SS 20, „Nachrüstung“⁸)

Mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan 1979, dem NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979, dem Kriege in Polen kehrte der „neue“ Kalte Krieg nach Europa zurück.

Nach der Wahl von US Präsident Reagan begann ein massives Wettrüsten mit qualitativ neuen Atomwaffen, Raketen mit immer kürzeren Vorwarnzeiten und mit der Verkündung des Raketenabwehrprogramms SDI, das, wie Reagan selbst andeutete, gepaart mit Offensivwaffen eine Erstschlagsfähigkeit schaffen könnte⁹.

Manöver beider Seiten wurden immer aggressiver, Fehlalarme und Fehleinschätzungen häuften sich.¹⁰ Der ehemalige US-Verteidigungsminister William Perry berichtete, er habe Kenntnis von „drei solchen Fehlalarmen in den USA und zwei ... in der Sowjetunion“.¹¹ Das National Security Archive der Georgetown University veröffentlichte 2013 freigegebene CIA und FSB-Dokumente, wonach die sowjetische Führung 1983 tatsächlich glaubte, dass die NATO-Manöver Able Archer 83 und Reforger 83 nur Vorspiel zu einem realen Nuklearangriff seien.¹²

„Entspannungspolitische Phase“:

In dieser Zeit entwickelten Willy Brandt und Egon Bahr das Konzept einer "Zweiten Phase der Entspannungspolitik", begleitet von zahlreichen internationalen Treffen und Einbeziehung von Gruppen der Zivilgesellschaft.

Wichtiges Element zur Erneuerung der internationalen Politik waren internationale Kommissionen¹³ (Brandt-, Palme, und Brundtland-Kommission) zur Erarbeitung gemeinsamer Problemlösungsvorschläge.

Eine Schlüsselrolle hatten die Vorschläge der Palme-Kommission für Gemeinsame Sicherheit für die oft als „Nebenaußenpolitik der SPD“ beschimpften internationalen Treffen.

8 Begründung der Nuklearstrategen für „besser einsetzbare“ Atomwaffen damals wie heute: „Wer von einem Krieg abschrecken will, muss ihn auch kämpfen können....Das Territorium der UdSSR darf auch in der taktischen Phase eines Konflikts ...nicht zum Sanktuarium werden... Die taktisch Nuklearwaffen der NATO müssen so ausgelegt sein, dass sie einsetzbar sind... Außerdem sollten...für nukleare Interdiktions- und Strike-Einsätze Flugzeuge von geeigneten unbemannten Systemen – zum Beispiel Cruise Missiles – abgelöst werden“ (Manfred Wörner, späterer Bundesverteidigungsminister, in „Europäischen Wehrkunde“, Nr. 12/1977, S. 603 und 605.

9 „... Wenn sie mit Angriffssystemen gekoppelt sind, können sie als Nährboden einer aggressiven Politik angesehen werden,...“ (Präsident Reagans Fernsehansprache am 23. März 1983)

10 „Der Mann, der nichts tat und die Welt rettete“ in: SZ, 04. August 2015, / <https://www.handelsblatt.com/panorama/aus-aller-welt/stanislaw-petrow-ist-tot-der-mann-der-die-welt-rettete/20350034.html?ticket=ST-2985842-baCXCXPQd1eV7kscC9bk-ap6>

11 WILLIAM J. PERRY: Have we forgotten the Cold War? Nuclear threat more real than ever.,– The Hill, 25.04.2017, / - <http://thehill.com/blogs/pundits-blog/foreign-policy/330418-have-we-forgotten-the-cold-war-nuclear-threat-more-real>

12 The 1983 War Scare: "The Last Paroxysm" of the Cold War Part I, National Security Archive Electronic Briefing Book No. 426 / – <https://nsarchive2.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB426/>

13 Die Nord-Süd-Kommission (Brandt-Kommission), Palme-Kommission über Gemeinsame Sicherheit (1982) und die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen („Brundtland-Kommission“)(1987). Vgl.: http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brundtland_report_1987_728.htm

In zahlreichen Gesprächen überzeugte Willy Brandt Michail Gorbatschow vom Konzept der Gemeinsamen Sicherheit und der „Doppelten Nulllösung“ für Mittelstreckenraketen. Das trug nicht unerheblich zum Ergebnis von Gorbatschows Einigung in Reykjavik 1987 auf die „**Doppelte Nulllösung**“, das Verbot aller Kurz- und Mittelstreckenraketen im 1988 unterzeichneten INF-Vertrag.

Die Beseitigung der Mittelstreckenraketen veränderte die Sicherheitslage in Europa fundamental, beseitigte die „mittlere Eskalationsleiter“ für den begrenzten Atomkrieg, und das BMVg unter Manfred Wörner (1982-1988 Bundesverteidigungsminister) kämpfte (Dank Kanzler Kohl und Außenminister Genscher ohne Erfolg) dagegen, dass die UdSSR für Raketenangriffe aus Westeuropa wieder „Sanktuarium“ wurde. Der INF-Vertrag reduzierte die dramatisch die Sorgen vor einem begrenzten Atomkrieg in Europa und eröffnete den Weg zur Beendigung des Kalten Krieges.

Lessons Learned?

Mit dem INF-Vertrag von 1987 wurde das Schlüsselement für den „begrenzten“ Atomwaffeneinsatz im Rahmen der nukleare Eskalationsstrategie („glaubhaften“ Abschreckung¹⁴) beseitigt.

Schlussfolgerungen:

Ähnlich wie bei der Beendigung der Kuba-Krise 1962 führte 1987 die Entfernung von Mittelstreckenraketen aus „Hinterhof“ des jeweilige Gegners zur Beseitigung einer Hauptursache von Spannungen, wie das State Department bestätigt.¹⁵

Sowohl vor und während der Kuba-Krise (1958-1962) als auch während der „Nuklearen Konfrontationsphase“ (vor und nach 1983) spielte die Stationierung von Mittelstreckenraketen eine Schlüsselrolle bei der Eskalation der Kriegsgefahr.

Und in beiden Fällen war die politische Konfrontation nicht nur geprägt von der Demonstration Militärischer Macht zur Abschreckung eines potentiellen Gegners, sondern auch durch mangelnde Kommunikation und Transparenz und damit auch die Wahrnehmung der anderen Seite, als wären Manöver nur die Vorbereitung für den Übergang zum militärischen Angriff.

Die ehemalige US Verteidigungsminister William Perry warnte...

„Es war nicht nur der Spielfilm über den Mann der die Welt rettete, der als sowjetischer Offizier die Falschmeldungen der Abwehr Computer erkannte und Vorbereitungen für einen nuklearen Gegenschlag Durch Befehlsverweigerung stoppen konnte.“

Die vom „National Security Archive“¹⁶ der Georgetown University am 5. November 2018 veröffentlichten, kürzlich freigegebenen Dokumente aus sowjetischen Geheimarchiven belegen: Das Politbüro der KPdSU und ein Teil der sowjetischen Militärführung glaubte tatsächlich, dass die großen Militärmanöver der NATO im Jahre 1983 tatsächlich nur der Deckmantel für einen geplanten westlichen Erstschatz gegen die Sowjetunion gewesen seien.

Seit 2018 befinden wir uns erneut in der Eskalationsphase – „2 Minuten vor Mitternacht“. Die Eskalation der Spannungen würde mit der Kündigung des INF-Abkommens und mit neuen Mittelstreckenraketen weiter vorangetrieben. Wann wenn nicht jetzt muss eine neue Entspannungspolitik das nukleare Wettrüsten und weitere Konfrontation stoppen?

14 „Nährüstung‘ als Übergang von der Strategie der atomaren Abschreckung zur Strategie der Führbarkeit des Atomkrieges“, in: Neue Gesellschaft, Heft 05-1981, S. 63 ff

15 U.S. Department of State, „Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty (INF Treaty), 1987, <https://2001-2009.state.gov/r/pa/ho/time/rd/104266.htm> (geladen am 30. Oktober 2018)

16 siehe: <http://www.nsarchive.org> und The 1983 War Scare: "The Last Paroxysm" of the Cold War Part I

Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern

In dem Bestreben,

- ihre Rüstungsexportpolitik restriktiv zu gestalten,
- im Rahmen der internationalen und gesetzlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland den Export von Rüstungsgütern am Sicherheitsbedürfnis und außenpolitischen Interesse der Bundesrepublik Deutschland zu orientieren,
- durch seine Begrenzung und Kontrolle einen Beitrag zur Sicherung des Friedens, der Gewaltprävention, der Menschenrechte und einer nachhaltigen Entwicklung in der Welt zu leisten,
- dementsprechend auch die Beschlüsse internationaler Institutionen zu berücksichtigen, die eine Beschränkung des internationalen Waffenhandels unter Abrüstungsgesichtspunkten anstreben,
- darauf hinzuwirken, solchen Beschlüssen Rechtsverbindlichkeit auf internationaler Ebene, einschließlich auf europäischer Ebene, zu verleihen,

hat die Bundesregierung ihre Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern wie folgt neu beschlossen:

I. Allgemeine Prinzipien

1. Die Bundesregierung trifft ihre Entscheidungen nach dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (KWKG) und dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) über Exporte von Kriegswaffen¹ und sonstigen Rüstungsgütern² in Übereinstimmung mit dem von dem Rat der Europäischen Union (EU) angenommenen "Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren" vom 8. Juni 1998 bzw. etwaigen Folgeregelungen³ sowie den von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am 25. November 1993 verabschiedeten "Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen". Die Kriterien des EU-Verhaltenskodex sind integraler Bestandteil dieser Politischen Grundsätze. Soweit die nachfolgenden Grundsätze im Verhältnis zum EU-Verhaltenskodex restriktivere Maßstäbe vorsehen, haben sie Vorrang.
2. Der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland wird bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen.
3. Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern werden grundsätzlich nicht erteilt, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression im Sinne des EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden. Für

¹ In der Kriegswaffenliste (Anlage zum KWKG) aufgeführte Waffen (komplette Waffen sowie als Waffen gesondert erfasste Teile).

² Waren des Abschnitts A in Teil I der Ausfuhrliste – Anlage zur AWV – mit Ausnahme der Kriegswaffen.

³ Der GEMEINSAME STANDPUNKT 2008/944/GASP DES RATES vom 8. Dezember 2008 über gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern ist als Anlage beigefügt.

diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle.

4. In eine solche Prüfung der Menschenrechtsfrage werden Feststellungen der EU, des Europarates, der Vereinten Nationen (VN), der OSZE und anderer internationaler Gremien einbezogen. Berichte von internationalen Menschenrechtsorganisationen werden ebenfalls berücksichtigt.
5. Der Endverbleib der Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter ist in wirksamer Weise sicherzustellen.

II. NATO-Länder⁴, EU-Mitgliedstaaten, NATO-gleichgestellte Länder⁵

1. Der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in diese Länder hat sich an den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Bündnisses und der EU zu orientieren.

Er ist grundsätzlich nicht zu beschränken, es sei denn, dass aus besonderen politischen Gründen in Einzelfällen eine Beschränkung geboten ist.

2. Kooperationen sollen im bündnis- und/oder europapolitischen Interesse liegen.

Bei Koproduktionen mit in Ziffer II. genannten Ländern, die Gegenstand von Regierungsvereinbarungen sind, werden diese rüstungsexportpolitischen Grundsätze soweit wie möglich verwirklicht. Dabei wird die Bundesregierung unter Beachtung ihres besonderen Interesses an Kooperationsfähigkeit auf Einwirkungsmöglichkeiten bei Exportvorhaben von Kooperationspartnern nicht verzichten (Ziffer II.3).

3. Die exportpolitischen Konsequenzen einer Kooperation sind rechtzeitig vor Vereinbarung gemeinsam zu prüfen.

In jedem Fall behält sich die Bundesregierung zur Durchsetzung ihrer rüstungsexportpolitischen Grundsätze vor, bestimmten Exportvorhaben des Kooperationspartners im Konsultationswege entgegenzutreten. Deshalb ist bei allen neu abzuschließenden Kooperationsvereinbarungen für den Fall des Exports durch das Partnerland grundsätzlich ein solches Konsultationsverfahren anzustreben, das der Bundesregierung die Möglichkeit gibt, Einwendungen wirksam geltend zu machen. Die Bundesregierung wird hierbei sorgfältig zwischen dem Kooperationsinteresse und dem Grundsatz einer restriktiven Rüstungsexportpolitik unter Berücksichtigung des Menschenrechtskriteriums abwägen.

4. Vor Exporten von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, bei denen deutsche Zulieferungen Verwendung finden, prüfen AA, BMWi und BMVg unter Beteiligung des Bundeskanzleramtes, ob im konkreten Einzelfall die Voraussetzungen für die Einleitung von Konsultationen vorliegen.

⁴ Geltungsbereich des NATO-Vertrages, Artikel 6.

⁵ Australien, Japan, Neuseeland, Schweiz.

Einwendungen der Bundesregierung gegen die Verwendung deutscher Zulieferungen werden – in der Regel nach Bundessicherheitsrats-Befassung – z. B. in folgenden Fällen geltend gemacht:

- Exporte in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind, sofern nicht ein Fall des Artikels 51 der VN-Charta vorliegt,
- Exporte in Länder, in denen ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen droht oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden,
- Exporte, bei denen hinreichender Verdacht besteht, dass sie zur internen Repression im Sinne des EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden,
- Exporte, durch die wesentliche Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland gefährdet werden,
- Exporte, welche die auswärtigen Beziehungen zu Drittländern so erheblich belasten würden, dass selbst das eigene Interesse an der Kooperation und an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zum Kooperationspartner zurückstehen muss.

Einwendungen werden nicht erhoben, wenn direkte Exporte im Hinblick auf die unter Ziffer III. 4–7 angestellten Erwägungen voraussichtlich genehmigt würden.

5. Für die Zusammenarbeit zwischen deutschen und Unternehmen der in Ziffer II. genannten Länder, die nicht Gegenstand von Regierungsvereinbarungen ist, sind Zulieferungen, entsprechend der Direktlieferung in diese Länder, unter Beachtung der allgemeinen Prinzipien grundsätzlich nicht zu beschränken. Die Bundesregierung wird jedoch in gleicher Weise wie bei Kooperationen, die Gegenstand von Regierungsvereinbarungen sind, auf Exporte aus industriellen Kooperationen Einfluss nehmen.

Zu diesem Zweck wird sie verlangen, dass sich der deutsche Kooperationspartner bei Zulieferung von Teilen, die nach Umfang oder Bedeutung für eine Kriegswaffe wesentlich sind, vertraglich in die Lage versetzt, der Bundesregierung rechtzeitig die nötigen Informationen über Exportabsichten seiner Partner geben zu können und vertragliche Endverbleibsklauseln vorzusehen.

6. Für deutsche Zulieferungen von Teilen (Einzelteilen oder Baugruppen), die Kriegswaffen oder sonstige Rüstungsgüter sind, ist das Kooperationspartnerland ausfuhrrechtlich Käufer- und Verbrauchsland. Wenn diese Teile durch festen Einbau in das Waffensystem integriert werden, begründet die Verarbeitung im Partnerland ausfuhrrechtlich einen neuen Warenursprung.

III. Sonstige Länder

1. Der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in andere als in Ziffer II. genannte Länder wird restriktiv gehandhabt. Er darf insbesondere nicht zum Aufbau zusätzlicher, exportspezifischer Kapazitäten führen. Die Bundesregierung wird von sich aus keine privilegierenden Differenzierungen nach einzelnen Ländern oder Regionen vornehmen.

2. Der Export von Kriegswaffen (nach KWKG und AWG genehmigungspflichtig) wird nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen. Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen.
3. Für den Export sonstiger Rüstungsgüter (nach AWG genehmigungspflichtig) werden Genehmigungen nur erteilt, soweit die im Rahmen der Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts zu schützenden Belange der Sicherheit, des friedlichen Zusammenlebens der Völker oder der auswärtigen Beziehungen nicht gefährdet sind.

In diesen Fällen überwiegen diese Schutzzwecke das volkswirtschaftliche Interesse im Sinne von § 3 Abs. 1 AWG.

4. Genehmigungen für Exporte nach KWKG und/oder AWG kommen nicht in Betracht, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht, z. B. bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen und bei hinreichendem Verdacht des Missbrauchs zu innerer Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle.
5. Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen⁶ sonstigen Rüstungsgütern wird nicht genehmigt in Länder,
 - die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht,
 - in denen ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen droht oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden.

Lieferungen an Länder, die sich in bewaffneten äußeren Konflikten befinden oder bei denen eine Gefahr für den Ausbruch solcher Konflikte besteht, scheiden deshalb grundsätzlich aus, sofern nicht ein Fall des Artikels 51 der VN-Charta vorliegt.

6. Bei der Entscheidung über die Genehmigung des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern wird berücksichtigt, ob die nachhaltige Entwicklung des Empfängerlandes durch unverhältnismäßige Rüstungsausgaben ernsthaft beeinträchtigt wird.
7. Ferner wird das bisherige Verhalten des Empfängerlandes im Hinblick auf
 - die Unterstützung oder Förderung des Terrorismus und der internationalen organisierten Kriminalität,
 - die Einhaltung internationaler Verpflichtungen, insbesondere des Gewaltverzichts, einschließlich der Verpflichtungen aufgrund des für internationale und nicht-internationale Konflikte geltenden humanitären Völkerrechts,

⁶ Anlagen und Unterlagen zur Herstellung von Kriegswaffen.

- die Übernahme von Verpflichtungen im Bereich der Nichtverbreitung sowie in anderen Bereichen der Rüstungskontrolle und der Abrüstung, insbesondere die Unterzeichnung, Ratifizierung und Durchführung der im EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren aufgeführten Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen,
- seine Unterstützung des VN-Waffenregisters,

berücksichtigt.

IV. Sicherung des Endverbleibs

1. Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern werden nur erteilt, wenn zuvor der Endverbleib dieser Güter im Endempfängerland sichergestellt ist. Dies setzt in der Regel eine entsprechende schriftliche Zusicherung des Endempfängers sowie weitere geeignete Dokumente voraus.
2. Lieferungen von Kriegswaffen sowie sonstigen Rüstungsgütern, die nach Umfang oder Bedeutung für eine Kriegswaffe wesentlich sind, dürfen nur bei Vorliegen von amtlichen Endverbleibserklärungen, die ein Reexportverbot mit Erlaubnisvorbehalt enthalten, genehmigt werden. Dies gilt entsprechend für Exporte von kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern, die im Zusammenhang mit einer Lizenzvergabe stehen. Für die damit hergestellten Kriegswaffen sind wirksame Endverbleibsregelungen zur Voraussetzung zu machen.

An die Fähigkeit des Empfängerlandes, wirksame Ausfuhrkontrollen durchzuführen, ist ein strenger Maßstab anzulegen.

3. Kriegswaffen und kriegswaffennahe sonstige Rüstungsgüter dürfen nur mit dem schriftlichen Einverständnis der Bundesregierung in dritte Länder reexportiert bzw. im Sinne des EU-Binnenmarktes verbracht werden.
4. Ein Empfängerland, das entgegen einer abgegebenen Endverbleibserklärung den Weiterexport von Kriegswaffen oder kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern genehmigt oder einen ungenehmigten derartigen Export wesentlich nicht verhindert hat oder nicht sanktioniert, wird bis zur Beseitigung dieser Umstände grundsätzlich von einer Belieferung mit weiteren Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern ausgeschlossen.

V. Rüstungsexportbericht

Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag jährlich einen Rüstungsexportbericht vor, in dem die Umsetzung der Grundsätze der deutschen Rüstungsexportpolitik im abgelaufenen Kalenderjahr aufgezeigt sowie die von der Bundesregierung erteilten Exportgenehmigungen für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen aufgeschlüsselt werden.

Zehn Thesen zur unverminderten Relevanz von Abrüstung und Rüstungskontrolle

ROLF MÜTZENICH

Rüstungskontrolle und Abrüstung – viele assoziieren diese Begriffe immer noch mit einer längst vergangenen Zeit, mit Gipfeltreffen der Supermächte in Wien und Reykjavik und der KSZE-Schlussakte von Helsinki. Es sind aber immer noch und wieder ganz aktuelle Themen. Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sind Kernpunkte sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik. Während der Entspannungs- und Ostpolitik waren sie Instrumente der Krisenbewältigung und Plattform für einen institutionalisierten Dialog zwischen unterschiedlichen politischen Systemen und Weltanschauungen.

Nach einem Jahrzehnt der Abrüstung, das 1987 mit dem INF-Vertrag begann und 1997 mit der Chemiewaffenkonvention endete, steigen die Militärausgaben seit 1998 wieder deutlich an. Laut SIPRI-Jahrbuch 2007 wurden im Jahr 2006 ca. 900 Milliarden Euro weltweit für militärische Zwecke ausgegeben – 3,5 Prozent mehr als 2005. In den letzten zehn Jahren sind die Rüstungsausgaben damit weltweit um 37 Prozent gestiegen. Die USA liegen dabei mit großem Abstand an der Spitze: Auf sie entfallen mit 396,2 Milliarden Euro, 42 Prozent der globalen Rüstungsausgaben. Auch beim internationalen Waffenhandel ist seit 2002 ein Anstieg um 50 Prozent zu verzeichnen.

Fast 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges lagern weltweit immer noch gut 32 000 nukleare Sprengköpfe. Die mehrfache Vernichtungskapazität der Menschheit hat sich seit 1989 also nur unwesentlich verringert. Dafür ist die Verbreitung (Proliferation) der Massenvernichtungswaffen brisanter geworden. Und in den Planungsstäben der Großmächte erlebt die Atombombe eine strategische Renaissance. Nahezu unbemerkt von der Weltöffentlichkeit befinden sich die führenden Militärmächte wieder längst in einem neuen atomaren Rüstungswettlauf, der dringend gestoppt werden muss.

Fakt ist: Abrüstung und Rüstungskontrolle befinden sich heute in einer tiefen – vielleicht sogar existenziellen – Krise. Hat Rüstungskontrolle somit als Instrument der Gestaltung der internationalen Beziehungen

ausgedient? Eindeutig nein! Es führt jedoch kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass wesentliche rüstungskontrollpolitische Errungenschaften in Gefahr sind, von denen nicht zuletzt Europa bisher erheblich profitiert hat. Weder der angepasste KSE-Vertrag (AKSE) noch der atomare Teststoppvertrag (CTBT) sind in Kraft. 2005 scheiterte die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag. Auch die zunehmende Verbreitung von Raketensystemen gibt Anlass zu großer Sorge.

Die Diagnose ist somit eindeutig: Das gesamte System internationaler Beziehungen und Verträge, das die Weiterverbreitung von Waffen verhindern soll, ist akut einsturzgefährdet. Es stammt noch aus einer Zeit der »Übersichtlichkeit«, nämlich des Kalten Krieges. Dabei war auch das atomare »Gleichgewicht des Schreckens« beileibe nicht so stabil und ungefährdet, wie es im Nachhinein scheinen mag. Laut dem »Bulletin of Atomic Scientists« gab es in den vergangenen Jahrzehnten vier nukleare Fehlalarme. 1979, 1980, 1983 und 1995 hatten demnach entweder die USA oder Russland die Finger gefährlich nah am Abzug. Der Ost-West-Konflikt war zudem eine zeitlich begrenzte Ausnahmesituation. Hier trafen zwei seltene Dinge zusammen: militärisches Gleichgewicht und Rationalität der politischen Führer. Von beidem kann heute keine Rede mehr sein. Heute treten Regionalmächte auf den Plan, die ihre Machtinteressen ohne jegliche Einordnung in ein Ost-West-Schema verfolgen. Zwar hat die Gefahr eines »nuklearen Weltkrieges« abgenommen, gleichzeitig treten aber an die Stelle dieser klar zu bestimmenden Bedrohung bisher unbekannte Gefahren für die internationale Sicherheit: schwache und instabile Staaten, die mit Massenvernichtungswaffen ausgerüstet sind, oder nicht-staatliche Akteure, die immer mehr an Bedeutung gewinnen. Mit der Überwindung des Kalten Krieges scheint auch weitgehend das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Erhalts des geschaffenen Rüstungskontroll-Acquis wie auch weiterer Anstrengungen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle verloren gegangen zu sein. Dabei sind es weiterhin die bestehenden multilateralen Verträge, die die Grundlage für eine kooperative Sicherheitsordnung darstellen.

Mit den folgenden zehn Thesen – bei denen es sich im Grunde um einen Maßnahmenkatalog mit konkreten Vorschlägen handelt – soll begründet werden, warum Abrüstung und Rüstungskontrolle nach wie vor unabdingbar für die Gestaltung einer friedlichen Weltordnung bleiben. Wenn sie konsequent angewandt werden, können sie die Zusammenarbeit und das friedliche Zusammenleben stärken. Voraussetzung dafür ist

und bleibt allerdings der politische Wille, an dem es in den vergangenen Jahren ganz offensichtlich gemangelt hat.

1. Die Krise des atomaren Nichtverbreitungsregimes überwinden

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts werden Kernwaffen nicht mehr als letztes Mittel der Abschreckung gesehen, sondern zunehmend wieder als Kriegsführungswaffen. Mit der fortwährenden Modernisierung ihrer Arsenale stellen nicht nur die USA, sondern auch Russland, China, Frankreich und Großbritannien die Abrüstungsverpflichtung aus Artikel VI des Atomwaffensperrvertrages (NPT) in Frage und rücken von dem durch die Überprüfungskonferenz 2000 im Konsens verabschiedeten 13 Punkte-Aktionsplan für nukleare Abrüstung ab. Trotz gegenteiliger Bekenntnisse im UN-Sicherheitsrat sind immer weniger Kernwaffenstaaten bereit, Zusicherungen des Nichteinsatzes abzugeben und behalten sich weiterhin das Recht vor, diese auch präventiv einzusetzen. Statt dem im Atomwaffensperrvertrag festgehaltenen Ziel einer »nuklearwaffenfreien Welt« droht eine »Renuklearisierung« der Weltpolitik. Wir brauchen deshalb dringend neue Impulse bei der nuklearen Abrüstung. Ein Scheitern der NPT-Überprüfungskonferenz 2010 muss verhindert werden. Die 13 Punkte enthalten die notwendigen Maßnahmen für weitere Schritte im Bereich der nuklearen Abrüstung. Dazu gehören das rasche Inkrafttreten des Atomteststopp-Abkommens (CTBT), die Aufnahme von Verhandlungen über ein Verbot von spaltbarem Material für Waffenzwecke (FMCT) sowie die Mahnung an die fünf offiziellen Atommächte, ihre Abrüstungsverpflichtung umzusetzen (Artikel VI des NPT). Das multilaterale Vertragssystem wird weiter erodieren, wenn bestimmte Staaten oder Staatengruppen Vertragspflichten und -rechte einseitig zu ihren Gunsten interpretieren. Nordkorea und Iran jedenfalls haben aus dem Irakkrieg die Lehre gezogen, dass es die beste Versicherung gegen eine US-Invasion ist, möglichst rasch selbst zur Atommacht aufzusteigen. Schnell könnten die Atomprogramme dieser beiden Problemländer eine verheerende Kettenreaktion auslösen. Japan und Südkorea werden kaum untätig zusehen und auch die sunnitischen Herrscher Saudi-Arabiens und Ägyptens dürften es kaum in Kauf nehmen, dass sich der schiitische Iran mit Atomraketen zur unangefochtenen Regionalmacht aufschwingt. Während sich in der nordkoreanische Atom-

krise eine Entspannung abzeichnet, ist die Krise um das iranische Atomprogramm davon noch weit entfernt.

2. Die Abrüstungsverpflichtung des Atomwaffensperrvertrages erfüllen

Die fünf durch den Atomsperrvertrag anerkannten Kernwaffenstaaten (China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA) verfügen nach wie vor über schätzungsweise 12 000 einsatzbereite Nuklearwaffen. Zählt man sämtliche Atomsprengköpfe (also auch solche, die in Reserve gehalten werden), dann besitzen diese fünf Staaten rund 32 000 Stück. Die strategischen Nuklearwaffen, mit denen die Supermächte während des Kalten Krieges einander den multiplen atomaren Overkill garantierten, sind heute jedoch so gut wie bedeutungslos. Jeder Rest-Abschreckungszweck wäre durch ein paar hundert Bomben abgedeckt. Es ist dabei durchaus ein abrüstungspolitischer Fortschritt, dass die USA und Russland seit 1990 die Zahl ihrer Atomsprengköpfe drastisch reduziert haben. Weitere Schritte sind jedoch nötig. So läuft am 5. Dezember 2009 der START-Vertrag von 1991 aus, der die Reduzierung der strategischen Raketen beider Seiten um ein Drittel auf maximal 6 000 vorsieht. Falls keine Nachfolgeregelung gefunden würde, entfielen die einzige noch gültige Rechtsbasis für die Inspektion der Arsenale beider Atommächte. Bis Ende 2008 muss nun entschieden werden, ob der Vertrag durch einen neuen ersetzt, modifiziert oder um weitere fünf Jahre verlängert werden soll. Darüber hinaus haben im Jahr 2002 der amerikanische und der russische Präsident den Moskauer Abrüstungsvertrag (SORT) geschlossen. Dieser sieht bis zum Jahr 2012 die Reduzierung der Zahl der strategischen Gefechtsköpfe auf je 1 700 bis 2 200 vor. Der Vertrag hat allerdings mehrere Pferdefüße: Die abgerüsteten Gefechtsköpfe müssen nicht zerstört, sondern nur eingelagert werden. Nach Auslauf des Vertrages 2012 dürften somit theoretisch alle eingelagerten Gefechtsköpfe wieder stationiert werden. Zudem gibt es während dieser zehn Jahre jederzeit ein Rücktrittsrecht innerhalb von 90 Tagen. Auch der SORT-Vertrag ist also ein immer noch viel zu zaghafter Schritt in die richtige Richtung.

3. Für eine Null-Lösung bei den taktische Nuklearwaffen

Während man über den vermeintlichen Nutzen von strategischen Nuklearwaffen trefflich streiten kann, sind sich eigentlich alle Experten darüber einig, dass die taktischen Nuklearwaffen nach Ende des Ost-West-Konflikts keinerlei sicherheitspolitische Bedeutung mehr haben. Es geht dabei nicht nur um die wenigen Atomwaffen, die noch in Deutschland lagern, sondern um die taktischen Kernwaffen insgesamt. In zwei Artikeln hat u. a. Amerikas früherer Außenminister Henry Kissinger (*Wall Street Journal* vom 4.1.2007 und 15.1.2008) die Führer der Welt dazu aufgerufen, schnellstens alle taktischen Atomwaffen abzuschaffen, wenn sie keinen nuklearen Schlagabtausch riskieren wollten. Die neue nukleare Ära drohe »prekärer, psychologisch verwirrender und wirtschaftlich sogar noch teurer« zu werden als der Kalte Krieg. Die Unterzeichner des Artikels sind vier Politiker, die über jeden Verdacht pazifistischer Blauäugigkeit erhaben sind. Neben Kissinger gehören William Perry, George Schultz und Sam Nunn zu den Unterzeichnern. Der Appell enthält acht konkrete Vorschläge. Sie reichen von einer parteiübergreifenden Initiative im Kongress zur Ratifizierung des umfassenden atomaren Teststoppvertrages (Comprehensive Test Ban Treaty, CTBT) bis zur weltweiten Kontrolle der Urananreicherung und zur globalen Beendigung der Herstellung von waffenfähigem spaltbarem Material. Die vier *Elder Statesmen* fordern darüber hinaus eine wesentliche Reduzierung der Nuklearwaffen, die vollständige Beseitigung aller atomaren Kurzstreckenraketen sowie die Ratifizierung des Teststoppabkommens.

4. Die Weiterentwicklung der Biowaffenkonvention vorantreiben

Die Verwendung biologischer (bakteriologischer) Waffen wurde bereits 1925 durch das Genfer Giftgasprotokoll verboten, ein internationales Abkommen, das auch den Einsatz bakteriologischer Mittel im Krieg untersagt. Das 1972 unterzeichnete und 1975 in Kraft getretene Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) und toxischer Waffen und ihre Vernichtung – kurz: Biowaffenübereinkommen (Biological Weapons Convention, BWC) – wurde bisher von 167 Staaten unterzeichnet und durch 151 Staaten ratifiziert, darunter alle NATO-Mitglieder sowie Russland, und

damit – jedenfalls auf dem Papier – akzeptiert. Syrien und Ägypten haben das Übereinkommen zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert. Israel hat es nicht einmal unterzeichnet. Im Gegensatz zum Chemiewaffenübereinkommen fehlt im BWC nach wie vor ein effektives Überprüfungs- und Kontrollsystem, das bislang am Widerstand der USA scheiterte. Ein wichtiger Bestandteil eines solchen Systems sind Inspektionen, die im Verdachtsfall schnell und mit umfassenden Rechten ausgestattet am Ort des Normverstosses durchgeführt werden. Solange es ein solches Kontrollsystem nicht gibt, bleibt das Biowaffenübereinkommen ein zahnlöser Tiger, ein Vertrag, der eine Rechtsnorm festschreibt, diese aber nicht durchzusetzen vermag. Daran konnte auch die Überprüfungskonferenz 2006 nichts ändern. Immerhin beschloss man im Schlussdokument ein anspruchsvolles Arbeitsprogramm zur Stärkung des BWÜ auf dem Weg zur nächsten Überprüfungskonferenz im Jahr 2011 sowie zusätzliche Maßnahmen zur weiteren Umsetzung und fortgesetzten Universalisierung des Übereinkommens.

5. Wege aus der Blockade der Genfer Abrüstungskonferenz suchen

Es steht zu befürchten, dass das Trauerspiel Genfer Abrüstungskonferenz auch 2008 in die nächste Runde gehen wird. Ende 2007 ist die jährliche UN-Abrüstungskonferenz nach fast achtmonatiger Dauer wieder einmal ohne Ergebnis beendet worden. Damit geht die Totalblockade ins mittlerweile elfte Jahr.

Die Abrüstungskonferenz ist seit der Verabschiedung des Abkommens über ein Verbot von Atomwaffentests von 1996 blockiert, weil unvereinbare Interessengegensätze jede Bewegung verhindern. Die Teilnehmer konnten sich zum wiederholten Male noch nicht einmal auf eine Tagesordnung einigen. Die USA weigern sich nach wie vor, über eine Reduzierung von Atomwaffen sowie über eine Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum überhaupt zu verhandeln. Im Gegenzug lehnen die Entwicklungsländer Gespräche über ein Verbot der Herstellung von atomwaffenfähigem Material ab. Die Beratungen sollen Anfang 2008 wieder aufgenommen werden und dürften – so steht zu befürchten – Ende dieses Jahres wiederum ergebnislos abgebrochen werden. Einige Regierungen reduzieren bereits ihre Delegationen, um angesichts permanenter Untätigkeit wenigstens Kosten zu sparen. Die Stagnation ist ein

weiteres Symptom für die tiefe Krise, in der sich die Rüstungskontrolle seit Jahren befindet.

Die Genfer Abrüstungskonferenz, immerhin das weltweit einzige ständig tagende Verhandlungsforum zu Fragen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, droht zunehmend zur Farce zu werden. Dabei wurden in Genf in den 1970er und 1980er Jahren nicht weniger als sieben internationale Verträge für die unterschiedlichsten Abrüstungsbereiche ausgehandelt. Es bedarf dringend einer Wiederbelebung dieses nach wie vor wichtigen Forums, um sich vermehrt für die globale Rüstungskontrolle einzusetzen und vor allem im Verifikationsbereich eigene Beiträge zu leisten. Dazu aber braucht es den politischen Willen zur Abrüstung bei den Regierungen aller Staaten.

6. Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen verbessern, Streumunition verbieten

Hier sollten die vorhandenen Ansätze im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Vereinten Nationen weiter verfolgt und intensiviert werden. Nach wie vor gilt: Kleinwaffen sind die wahren Massenvernichtungswaffen. In Afghanistan und in Zentralafrika sterben ungezählte Opfer an Geschossen aus alten, gebrauchten Kalaschnikows, Uzis oder G3-Gewehren. Nach Schätzungen werden jedes Jahr eine halbe Million Menschen durch Kleinwaffen getötet, davon 300 000 in bewaffneten Konflikten, vor allem in Afrika südlich der Sahara und in Asien. Jedes Jahr werden mehrere Millionen Kleinwaffen produziert. Laut Jahresbericht des Schweizer Projekts »Small Arms Survey« sind derzeit mindestens 875 Millionen Kleinwaffen, also Pistolen, Gewehre und auch tragbare Panzerfäuste im Umlauf. Waffen, die nach der Auflösung der sowjetischen und anderen Armeen nach 1989 in Massen verschwunden sind. Auch hier scheitert eine wirksame (Export-)Kontrolle von Kleinwaffen bislang am Widerstand der Waffenlobby wichtiger Länder wie Russland, China und den USA.

Ein weiteres wichtiges Ziel bleibt die völkerrechtliche Ächtung von Streumunition. Auch hier haben NROs maßgeblich dazu beigetragen, dass man im Rahmen des sogenannten Oslo-Prozesses im vergangenen Jahr ein Stück vorangekommen ist. Ziel für 2008 muss nun sein, die internationalen Verhandlungen zur Ächtung von Streumunition durch ein verbindliches Abkommen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

7. Stärkung der multilateralen Vertragsregime durch bessere Verifikation, Stärkung der Exportkontrollregime sowie Ausbau der internationalen Zusammenarbeit

Hierzu gehören unangemeldete Vor-Ort-Inspektionen, der Einsatz neuer Überwachungstechnologien und der Aufbau von qualifizierten unparteiischen Inspektorenteams. Im Rahmen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) ist darauf hinzuwirken, dass alle NPT-Mitglieder umfassende »Safeguards«-Abkommen und Zusatzprotokolle abschließen und diese zügig in Kraft setzen. Das Recht der IAEA auf Sonderinspektionen auch von nicht-deklarierten Anlagen muss gestärkt und ausgebaut werden. Auch das Programm zum Abbau von Bedrohungen durch atomare, chemische und biologische Waffen (Cooperative Threat Reduction Agreement), die Initiative zum weltweiten Abbau von Bedrohungen (Global Threat Reduction Initiative) und die Initiative zur Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (Proliferation Security Initiative) sind ebenso wie die Zusatzprotokolle zum Atomwaffensperrvertrag innovative Ansätze und neue wirkungsvolle Mittel gegen die Verletzung des Atomwaffensperrvertrages und zur Erhöhung der globalen Sicherheit. Anstelle einer Koalition der Willigen wäre eine vollständige Kodifizierung, Institutionalisierung und Umsetzung sinnvoller. Die EU sollte konsequent ihre Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen von 2003 umsetzen, die ebenfalls auf eine bessere Einhaltung des multilateralen Vertragssystems abzielt.

Ein weiterer innovativer Ansatz sind verschiedene Vorschläge zur Internationalisierung des Brennstoffkreislaufes. Damit sollen die Versorgung aller interessierten Staaten mit nuklearem Brennstoff zur Energiegewinnung sichergestellt und gleichzeitig die Risiken der Verbreitung nuklearer Waffen gesenkt werden. Ein Vorschlag von Bundesaußenminister Steinmeier sieht u. a. vor, dass die IAEA ein Sondergebiet zur Verwaltung erhält. Dort soll auf kommerzieller Basis eine Urananreicherungsanlage errichtet werden. Der IAEA obliegt die alleinige Verantwortung für die Exportkontrolle von nuklearem Brennstoff aus diesem Gebiet. Über die genaue Ausgestaltung der verschiedenen Vorschläge wird derzeit in Wien verhandelt.

Auch die internationalen Rüstungsexportkontrollregime müssen dringend gestärkt und weiterentwickelt werden. Im Rahmen der EU sollte die Bundesregierung für eine möglichst restriktive, einheitliche und

transparente Rüstungsexportpolitik sowie eine stärkere Verbindlichkeit des Code of Conduct eintreten.

8. Für eine wirksame Kontrolle von Trägertechnologien

Entwicklung, Erwerb, Besitz und Weitergabe von militärischer Träger-technologie sind bislang nicht durch völkerrechtliche Verbots- bzw. Nichtverbreitungsnormen geregelt und auch das Exportkontrollregime Missile Technology Control Regime (MTCR) ist in seiner Wirksamkeit beschränkt. Die Raketenproliferation hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen und birgt ernsthafte Risiken für die Stabilität und Sicherheit der betroffenen Regionen. Mit der Unterzeichnung des Haager Verhaltenskodex gegen die Proliferation ballistischer Raketen am 25. November 2002 wurde ein erster Schritt unternommen, um diese Lücke zu schließen. Diese Initiative muss fortentwickelt werden. Auch hier gibt es beunruhigende Entwicklungen. So hat Russland seine Mitgliedschaft im November 2007 ausgesetzt, weil die USA bislang ihren Notifizierungspflichten nicht nachgekommen sind.

9. Die Krise des KSE-Vertrages überwinden

Die jüngste Entwicklung zum KSE-Vertrag zeigt, dass die akute Gefahr besteht, dass ein weiteres ausgefeiltes Instrumentarium in Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle ohne Not aufs Spiel gesetzt wird. Der 1990 geschlossene KSE-Vertrag zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt gehört zu den wichtigsten Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle. Er begrenzt die Zahl der Waffensysteme vom Ural bis zum Atlantik und ermöglicht umfangreiche und regelmäßige gegenseitige Inspektionen. Hintergrund der russischen Aussetzung ist der Streit um die amerikanischen Raketenabwehrpläne und die ausstehende Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrags (AKSE) von 1999 durch die NATO-Staaten. Der Westen macht dies bislang von einem Abzug russischer Truppen aus den früheren Sowjetrepubliken Moldawien und Georgien abhängig. Die Aussetzung des KSE-Vertrags bedeutet nicht den endgültigen Ausstieg Russlands aus dem Abrüstungsabkommen. Allerdings friert Russland alle seine Verpflichtungen vorläufig ein. So wird Russland die NATO nicht mehr über Truppenbewegungen und -manöver informieren und auch

keine Inspektionen mehr zulassen. Auch wenn man in Moskau betont, dass die Entbindung Russlands von seinen Vertragspflichten keine automatische Aufrüstung der russischen Streitkräfte an der Westgrenze bedeute, stürzt Russland das KSE-Regime damit in eine tiefe Krise. Es muss nun alles dafür getan werden, den angepassten KSE-Vertrag (AKSE) zu ratifizieren und das KSE-Regime zu retten. Dazu bedarf es der Bewegung auf allen Seiten und die Fortsetzung des von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier in Bad Saarow begonnenen konstruktiven Dialogs. Die dort erwogene Möglichkeit eines schrittweisen parallelen Ratifizierungsprozesses des AKSE bei konsequenter gleichzeitiger Erfüllung der Istanbul Verpflichtungen seitens Russlands könnte einen Ausweg aus der Krise aufzeigen. Es liegt im Interesse Deutschlands und Europas, dass Russland wieder in das KSE-System eingebunden wird und der KSE-Vertrag als zentrales Element der rüstungskontrollpolitischen Vertrauensbildung in Europa erhalten bleibt.

10. Regionale Initiativen in Gang bringen

Im Nahen Osten und in Südasien sollten nukleare Abrüstungsinitiativen in die Wege geleitet werden, die zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in diesen Regionen führen, wie es sie bereits in Mittel- und Lateinamerika, in Afrika, im Südpazifik, in Südostasien und jüngst in Zentralasien gibt. Im Falle des geplanten indisch-amerikanischen Nuklearabkommens sollte Deutschland im Rahmen der Nuclear Suppliers Group darauf drängen, dass Indien die Abrüstungsverpflichtung von Artikel VI des NPT-Vertrages anerkennt, den Atomteststoppvertrag unterzeichnet und ein verbindliches Moratorium für die Produktion waffenfähiger Spaltmaterialien erklärt.

Auch im Rahmen der NATO müssen Abrüstung und Rüstungskontrolle wieder stärker in den Fokus genommen werden. Deshalb ist die Initiative von Außenminister Steinmeier und seinem norwegischen Kollegen Store im Rahmen des NATO-Außenministertreffens in Brüssel am 7. Dezember ein wichtiges und richtiges Signal. Es ist in der Tat dringend notwendig, dass sich das mächtigste Militärbündnis der Welt wieder verstärkt mit Abrüstung und Rüstungskontrolle beschäftigt und seinen Beitrag dazu leistet. Zumal die Allianz damit an eine gute und erfolgreiche Tradition anknüpft. Auch in der Vergangenheit hat die NATO neben der militärischen Abschreckung immer auch die Bereitschaft zum Dialog und

zur Zusammenarbeit angeboten, sei es im Harmel-Bericht von 1967, in der Londoner Erklärung von 1990 oder im strategischen Konzept von 1999. Der NATO-Russland-Rat, der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat, die NATO-Ukraine-Charta, die Partnerschaften für den Frieden und der NATO-Mittelmeerdiallog dokumentieren eindrücklich die Bemühungen des Bündnisses um Zusammenarbeit und Kooperation. Mit der deutsch-norwegischen Abrüstungsinitiative wird nun angestrebt, bis zum NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 konkrete Rüstungskontroll- und Abrüstungsziele zu benennen und die bislang noch skeptischen Partner USA und Frankreich mit einzubinden. Es bleibt zu hoffen, dass mit der Abrüstungsinitiative nicht nur das rüstungskontrollpolitische Profil der NATO gestärkt wird, sondern darüber hinaus die Rüstungskontrolle insgesamt aus der Sackgasse geholt und die rüstungskontrollpolitischen Errungenschaften bewahrt werden können.

Eine weitere wichtige Initiative ist die »Globale Partnerschaft«, die 2002 auf dem Kananaskis-Gipfel der G8 in Kanada durch den ehemaligen Bundeskanzler Schröder und Präsident Putin initiiert wurde. Sie leistet einen Beitrag zur Reduzierung nuklearer, chemischer, biologischer und radiologischer Proliferationsrisiken in Russland. Dazu gehören die Vernichtung chemischer Waffen, die Entsorgung russischer U-Boote und die Sicherung von Spaltmaterial. Bis zum Jahr 2012 soll dafür ein Gesamtbetrag von bis zu 20 Milliarden US-Dollar eingesetzt werden.

11. Resümee

Wie der thesenartige und keineswegs vollständige Überblick verdeutlicht, müssen Abrüstung und Rüstungskontrolle dringend wieder zu einem Ordnungsprinzip der internationalen Beziehungen gemacht werden. In den vergangenen Jahrzehnten hat diese Strategie die Welt sicherer gemacht. Während des Ost-West-Konflikts trug Rüstungskontrolle maßgeblich zur Kriegsverhütung und Vertrauensbildung bei. Sie schuf die Voraussetzung für Kooperation und Wandel. Die Begrenzung und der Abbau der strategischen Kernwaffen, die Vernichtung sämtlicher Mittelstreckenraketen, der Nicht-Weiterverbreitungsvertrag, das Chemiewaffenabkommen, die Biowaffenkonvention und die Beschränkung der konventionellen Rüstung in Europa sind nur einige wenige wichtige Beispiele. Mit der Umsetzung des Verbots von Anti-Personen-Minen und der Kampagne gegen die Verbreitung von Kleinwaffen und jüngst

der Ächtung von Streumunition betrat ein weiterer wichtiger Akteur die Bühne der Rüstungskontrolle: Ohne die so genannten Nicht-Regierungsorganisationen wäre das Landminen-Abkommen von Ottawa niemals in Kraft getreten. All dies zeigt: Rüstungskontrolle ist kein »überholtes Konzept«, sondern angesichts neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen notwendiger denn je.

Darüber hinaus sollte man sich keine Illusionen darüber machen, dass es auch künftig Möglichkeiten geben wird, Rüstungskontrollverträge und die darin enthaltenen Kontroll- und Überprüfungsmechanismen zu umgehen bzw. zu unterlaufen. Gleichwohl gibt es zur vertragsbasierten und verifizierbaren Rüstungskontrolle nur eine Alternative. Ein weltweites nukleares, chemisches und biologisches Wettrüsten. Ein solches kann auch nicht im Interesse der USA liegen. Die Risiken, die aus der Trias der Bedrohung von transnationalem Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und zerfallenden Staaten resultieren, sind jedenfalls mit nachrichtendienstlichen, rüstungskontrollpolitischen und polizeilichen Instrumentarien wirksamer zu bekämpfen als durch militärische Interventionen.

Nukleare Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung

Von Götz Neuneck

18.8.2014

Prof. Dr. rer. nat., geb. 1954; Physiker; stellvertretender wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Beim Schlump 83, 20144 Hamburg. neuneck@ifsh.de

Mit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 begann das "Atomzeitalter", das die Risikotechnologie "Kernenergie" für zivile Zwecke, aber auch die Nuklearwaffen hervorbrachte.[1] Trotz einiger Versuche, die nukleare Verbreitung (*Proliferation*) von Beginn an zu verhindern, entfaltete sich zwischen den USA und der Sowjetunion im Kalten Krieg ein ruinöses und gefährliches Wettrüsten, auf dessen Höhepunkt 1986 etwa 86000 Nuklearwaffen hergestellt worden waren.[2] Die Krisen um Berlin (1948/1949, 1958/1961), im Koreakrieg (1950–1953) und um Kuba (1962) verdeutlichten, dass Nuklearwaffen nicht einsetzbar sind. Ein globaler Nuklearkrieg hätte das Ende der modernen Zivilisation bedeutet. Fortan bemühten sich die Supermächte, ihre ausufernden Arsenale zu kontrollieren und ihre weitere Verbreitung zu verhindern. Dies war die Geburtsstunde der modernen Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Ein zentraler Eckpfeiler ist der Nichtverbreitungsvertrag von 1968 (NVV; oder Atomwaffensperrvertrag), dessen Vertragsbestimmungen heute von der International Atomic Energy Agency (IAEA) überprüft werden. Die Weiterentwicklung neuer Generationen von Nuklearwaffen (*vertikale Proliferation*) sowie "geeigneter" Trägersysteme[3] setzte sich dennoch fort und etablierte die nukleare Abschreckung zwischen den fünf Nuklearwaffenstaaten USA, Russland, Frankreich, China und Großbritannien. Nuklearstrategien wurden verfeinert und führten zu einem umfangreichen Arsenal von strategischen und taktischen Nuklearwaffen für verschiedenste Einsatzszenarien.[4] Die nukleare Bedrohung veranlasste weitere Länder, sich selbst Nukleararsenale zuzulegen, sei es aus Gründen des Machtstatus, des Prestiges oder aufgrund von Sicherheitsüberlegungen. Als De-facto-Nuklearwaffenstaaten gelten heute Indien (seit 1974, 1998), Pakistan (1998), Israel (1970er Jahre) und Nordkorea (2006). Die *horizontale Weiterverbreitung*, also letztlich das Entstehen neuer Nuklearstaaten, setzt sich bis heute weiter fort. Das Ringen um das ambitionierte zivile Nuklearprogramm des Iran zeigt die Schwierigkeiten bei Staaten, die Kernenergie nutzen, nachzuprüfen, ob eine militärische Dimension ausgeschlossen werden kann.

Weltweit gibt es heute etwa 17270 Nuklearwaffen.[5] Während die anderen Kategorien der klassischen Massenvernichtungswaffen, also B- und C-Waffen, völkerrechtlich durch Konventionen verboten sind, trifft dies bis heute für Nuklearwaffen nur begrenzt zu.[6] Der Einsatz von Nuklearwaffen ist völkerrechtlich nicht generell verboten, andererseits gewohnheitsrechtlich tabuisiert und moralisch geächtet.

Im Folgenden wird ein Überblick über Stand und Perspektiven von nuklearer Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung[7] fast 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und mehr als 20 Jahre nach dem Ende der Systemkonkurrenz des

Kalten Krieges gegeben.

Das nukleare Damoklesschwert

US-Präsident John F. Kennedy hatte angesichts einer weltweit drohenden nuklearen Weiterverbreitung am 25. September 1961 bei einer Rede vor den Vereinten Nationen (VN) erklärt: "Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind lebt unter einem nuklearen Damoklesschwert, das an einem seidenen Faden hängt, der jederzeit zerschnitten werden kann durch Zufall, Fehlkalkulation oder Wahnsinn." [8] In der Tat gibt es auf der Erde keine andere Waffe mit annähernd gleichem Zerstörungspotenzial. Die heutige, dritte Generation von Nuklearwaffen verfügt über die tausendfache Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe und kann eine Großstadt zerstören. [9] Im Gegensatz zu konventionellen Waffen werden drei Wirkungen erzeugt, gegen die es keine direkte Verteidigung gibt: enorme Hitze, eine Druckwelle und tödliche Gammastrahlung. [10] Die indirekten Zerstörungswirkungen sind lang anhaltender radioaktiver Fallout, der sich über eine große Fläche verteilen kann, sowie je nach Explosionshöhe klimatische Folgen, [11] die globale Kaskadeneffekte wie Temperatursturz und daraus folgend Missernten, Ernteauffälle und Hungersnöte von apokalyptischem Ausmaß hervorrufen können. [12]

Nach Ende des Ost-West-Konfliktes wird ein globaler Atomkrieg mit einer großen Anzahl von Nuklearwaffen als unwahrscheinlich angesehen. Dennoch werden vier Szenarien diskutiert, in denen Nuklearwaffen zum Einsatz kommen könnten: 1. Bei einem Unfall könnte es zu einer Kettenreaktion oder einer Freisetzung von Nuklearmaterial kommen. Während des Kalten Krieges hat es Dutzende von Unfällen gegeben, bei denen nur mit Mühe eine Nuklearexplosion verhindert werden konnte. [13] 2. Auch ein Nukleareinsatz "aus Versehen" durch Falschinformationen und Fehlkalkulationen ist angesichts vieler stationierter Nuklearwaffen nicht ausgeschlossen. 3. Wenn es gelingt, nuklearwaffenfähiges Material aus dem zivilen oder militärischen Brennstoffzyklus abzuzweigen, können "Terroristen" eine "primitive Nuklearwaffe" bauen oder eine radiologische Bombe zur Explosion zu bringen. Die nuklearen Altbestände der Supermächte sind eine Quelle mit einem hohen Proliferationsrisiko. [14] 4. Ein regionaler Nuklearkrieg zwischen zwei verfeindeten Staaten wie Indien und Pakistan erscheint ebenso möglich wie der Diebstahl einer intakten Nuklearwaffe oder von waffenfähigem Material in einem zerfallenden Staat. Insbesondere die innenpolitische Lage von Pakistan gibt Anlass zur Sorge. [15]

Zahl der vorhandenen Nukleararsenale

Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) geht davon aus, dass die acht Nuklearwaffenstaaten heute über etwa 4400 einsetzbare Nuklearwaffen verfügen, von denen 2000 sofort einsetzbar wären. Weitere, ungefähr 13000 Nuklearwaffen sind in Lagern als "Reserve" verfügbar. 94 Prozent finden sich im Besitz der USA und Russlands. Werden alle Sprengköpfe gezählt, kommt man weltweit auf die enorme Zahl von 17270 Nuklearwaffen (vgl. *Tabelle 1 in der PDF-Version*). Diese Zahlenangaben beruhen meist auf Schätzungen und veröffentlichten Teilinformationen, da die Nuklearwaffenstaaten bis heute keine umfassende Transparenz bezüglich ihrer verschiedenen Nukleararsenale zeigen.

Während die USA und Russland und in begrenztem Maße auch Frankreich, Großbritannien und China aufgrund der Menge und Reichweite zu globalem Nukleareinsatz in der Lage sind, verfügen die restlichen Nuklearwaffenstaaten über regionale nukleare Einsatzfähigkeiten. Die nukleare Abschreckung impliziert, dass die Nuklearwaffenstaaten einerseits mittels Trägersystemen großer Reichweite das Territorium des Gegners erreichen, andererseits im Falle eines Gegenschlages die Fähigkeit zum Zweitschlag (durch Silostationierung, U-Boote) erhalten bleibt. Zusätzlich verfügen die westlichen

Nuklearwaffenstaaten sowie Russland über erhebliche Mengen an spaltbarem, waffenfähigem Material, das zur Herstellung von weiteren Nuklearwaffen verwendet werden kann. China, Indien, Pakistan und eventuell auch Israel produzieren weiterhin waffenfähiges Material. Nach Aussagen der IAEA betreiben etwa 30 Staaten Kernkraftwerke und 50 andere haben Interesse an der Entwicklung eigener ziviler Nuklearprogramme.[16] Zwar kann nach Fukushima von einer "Nuklearen Renaissance" nicht die Rede sein, aber die Weiterentwicklung der Kernenergie ohne nukleare Proliferation erscheint höchst unwahrscheinlich. Der ehemalige Generaldirektor der IAEA Mohammed el-Baradei sprach von insgesamt 40 "virtuellen Nuklearwaffenstaaten", die aufgrund ihrer nuklearen Infrastruktur Nuklearwaffen herstellen könnten. Die Trennlinie zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Kernenergie ist dünn und eine vollständige Überprüfung schwierig.

Rüstungskontrollarchitektur

In den vergangenen Jahrzehnten wurde eine Reihe bi- und multilateraler Verträge, die den Einsatz, das Testen, die Weiterverbreitung oder die Stationierung von Nuklear- und anderen Massenvernichtungswaffen verbieten oder einschränken, nach oft zähen Verhandlungen geschlossen. So entstand ein komplexes globales und regionales Netzwerk von Übereinkommen, das klassische Kräftegleichgewichte, vertrauens- und transparenzbildende Maßnahmen und wirkungsvoll einsetzbare Verifikationsinstrumente umfasst (vgl. *Tabelle 2 in der PDF-Version*).

New START: Die nukleare Rüstungskontrolle zwischen den beiden Supermächten während des Kalten Krieges begann beispielsweise im Rahmen der bilateralen SALT-Verträge (1972/1979) und führte zu einer ersten Begrenzung strategischer Träger, das heißt Bomber, sowie see- und landgestützter Interkontinentalraketen (ICBM) der USA und der UdSSR, nicht jedoch zu einer international nachprüfaren Abrüstung oder Begrenzung der Herstellung von neuen Nuklearwaffen oder Trägersystemen. Der bilaterale START-I-Vertrag (1991) verpflichtete zu einer Reduzierung um ein Drittel der strategischen Sprengköpfe auf eine Obergrenze von 6000 Nuklearwaffen (1600 Träger). Eine weitere Halbierung im Rahmen von START-II wurde von den USA nicht ratifiziert. Der Moskauer SORT-Vertrag galt von 2002 bis 2012 und verpflichtete zu einer Obergrenze von sofort einsetzbaren 2200 (USA) und 1700 Sprengköpfen (Russland).

Am 8. April 2010 unterzeichneten die Präsidenten Barack Obama und Dmitiri Medwedew den New START-Vertrag, der nun die strategischen Nuklearwaffen um weitere 30 Prozent – verglichen mit der Obergrenze des Moskauer Vorgänger-Vertrages SORT – auf 1550 Sprengköpfe pro Seite reduziert. Die strategischen Träger werden auf 800 je Seite beschränkt. Der Vertrag ist nach der Ratifikation beider Parlamente völkerrechtlich bindend und verfügt über ein vereinfachtes Verifikationssystem, das sich auf die START-I-Regelungen stützt. Begrenzt werden nur stationierte Sprengköpfe, nicht jedoch gelagerte oder Reservesprengköpfe. Der Vertrag erhöht die Berechenbarkeit der Nukleararsenale beider Supermächte, ist aber kein tief greifender Abrüstungsvertrag: Ungelöst ist beispielsweise die künftige strategische Balance beider Parteien angesichts der Einführung von Raketenabwehr (Ballistic Missile Defense, BMD). Russland befürchtet, dass die Stationierung von BMD-Komponenten durch die USA längerfristig sein Nukleararsenal unterminieren könnte. Der ABM-Vertrag (1972), der die Stationierung von BMD begrenzte, wurde von den USA 2002 gekündigt. Die Einführung von BMD ist heute lediglich durch das Wehrbudget und unzureichende Technologie begrenzt.[17]

NVV: Der umfassendste und älteste Vertrag in der multilateralen Rüstungskontrolle ist der Nichtverbreitungsvertrag von 1970.[18] Heute hat der NVV 189 Mitglieder, basierend auf einer Dreiklassenstruktur: einerseits die fünf "offiziellen" Nuklearwaffenbesitzer USA,

Russland, Großbritannien, Frankreich und China, andererseits die "restlichen" 184 Nichtnuklearwaffenstaaten. Die dritte Kategorie bilden als einzige Nicht-Mitglieder des NVV die vier De-Facto-Nuklearstaaten Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea, deren Integration bisher nicht gelungen ist. Die Dreiklassenstruktur lässt das gesamte NVV-Regime[19] als längerfristig instabil erscheinen, da die Klassen sehr unterschiedliche Rechte und Pflichten haben. Die zentralen Pfeiler des NVV sind die Nichtweitergabe von Nuklearwaffen (Art. 1/2), die Abrüstung (Art. 6) und die Kooperation bei der "zivilen Nutzung der Kernenergie" (Art. 4). Die alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfungskonferenzen führten in der Vergangenheit sehr oft zu einer Art "Handel" zwischen Nuklearwaffenstaaten, Nichtnuklearwaffenstaaten und den verschiedenen Gruppen und Blöcken. Als Erfolg gilt schon die Verabschiedung eines Schlussdokuments durch alle NVV-Mitglieder, das künftige Aktionen festlegt und deren Einhaltung bescheinigt. Schritte, die NVV-Mitglieder zur Einhaltung der Bestimmungen zwingen, wie etwa Sanktionen, können vom UN-Sicherheitsrat beschlossen werden.

Der NVV ist aber auch der einzige multilaterale Vertrag, der den Nuklearwaffenstaaten eine Abrüstungsverpflichtung abverlangt. So verpflichtet Artikel 6 "in redlicher Absicht" Verhandlungen "zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle" zu führen. Leider existiert bis heute weder ein einzuhaltender Zeitplan für die Abrüstung vorhandener Nuklearwaffen noch eine verpflichtende Überprüfung zur Notifikation und Transparenz der vorhandenen Nukleararsenale. Ein weiterer Aspekt (Art. 7) ist die Schaffung von nuklearwaffenfreien Zonen in bestimmten "Gemeinschaftszonen" wie der Antarktis (1959), dem Meeresboden (1971) und dem Weltraum (1967) und in bestimmten geografischen Arealen.[20] Insbesondere von den blockfreien Staaten in der südlichen Hemisphäre wurden wichtige nuklearwaffenfreie Zonen etabliert, so in Lateinamerika (1967), im Südpazifik (1985), in Südostasien (1995), Afrika (1996) und Zentralasien (2006). Nuklearwaffenfreie Zonen liefern einen oft unterschätzten, bedeutenden präventiven Beitrag zur globalen Abrüstung, auch wenn zentrale Probleme nicht vollständig gelöst werden. Sie können auch dazu dienen, Problemstaaten an internationale Normen der Nichtweiterverbreitung heranzuführen und die nationale Umsetzung multilateraler Abkommen zu stärken.[21]

CTBT: Wichtiger Bestandteil des NVV-Regimes ist aber auch die Forderung, Verhandlungen zu betreiben, um "alle Versuchsexplosionen von Kernwaffen für alle Zeiten" einzustellen. Nach mehr als 2000 Nuklearwaffentests signierten am 24. September 1996 in New York 71 Staaten den Comprehensive Testban Treaty (CTBT), einschließlich der fünf Nuklearwaffenstaaten. Seitdem haben 182 Staaten den Vertrag unterzeichnet, 162 Staaten haben ihn ratifiziert. Der Vertrag soll der Entwicklung neuer Arten von Nuklearwaffen ein Ende setzen und die vertikale Weiterverbreitung von Nuklearwaffen beschränken. Trotz der anhaltenden Unterstützung für den Vertrag durch die internationale Gemeinschaft ist er bisher nicht in Kraft getreten, da ihn nicht alle der 44 mit Nuklearenergie verbundenen Staaten ratifiziert haben, so die vier NVV-Mitglieder Ägypten, Iran, China und USA sowie die vier De-facto-Nuklearwaffenstaaten Indien, Israel, Nordkorea und Pakistan. Die Überprüfungsorganisation des Vertrages, die CTBTO, hat mit internationaler Unterstützung ein weltweites Messnetz aufgebaut, mit dem die Einhaltung des CTBT global überprüft werden kann. Über 80 Prozent des Netzes, das auf gleich vier Nachweist Technologien beruht, sind fertiggestellt und erlauben die weltweite Identifizierung von Explosionsort und -stärke bis unterhalb von einer Kilotonne. Den Wirklichkeitstest bestand das Messnetz bei den drei unterirdischen Nukleartests Nordkoreas.

FMCT: Eine entscheidende Vorbedingung für den Bau von Nuklearwaffen ist die Produktion von waffenfähigem Material, also Plutonium und hochangereichertem Uran. Die Forderung nach einer Unterbrechung, Kontrolle und sicheren Zerstörung von waffenfähigem Material

durch einen Fissile Material Cut-off Treaty (FMCT) ist eine weitere wichtige Forderung auf der internationalen Rüstungskontrollagenda. Der Genfer Conference on Disarmament gelang es bisher trotz mehrerer Anläufe nicht, ein verhandlungsfähiges Mandat zu verabschieden. Viele Fragen zu Umfang, Definition und Verifikation eines Verbots sind offen. Eine Group of Governmental Experts der VN wurde für 2014/2015 eingesetzt, um "Empfehlungen für mögliche Elemente eines solchen Vertrages" zu erarbeiten. Insbesondere De-facto-Nuklearwaffenstaaten wie Pakistan und Indien verweigern sich einem *cut-off* der Produktion von waffenfähigem Material mit dem Hinweis auf die enormen Bestände der Nuklearwaffenstaaten. Diese haben schon seit längerem die Produktion von spaltbaren Materialien für den Bau von Nuklearwaffen beendet, weil sie mit ihrer jahrzehntelangen Produktion einen Überschuss erzeugt hatten. Rund 98 Prozent der weltweiten Bestände von hochangereichertem Uran (ungefähr 1285 Tonnen) sind im Besitz der Nuklearwaffenstaaten, nur etwa 15 Tonnen im Besitz der Nichtnuklearwaffenstaaten. Die Menge des separierten Plutoniums weltweit wird auf 495 Tonnen geschätzt.[22] Auch auf dem Sektor waffenfähiger Materialien ist die internationale Gemeinschaft auf Schätzungen angewiesen.[23] Transparenz wird hier noch weniger gewährt als bei der Herstellung und Stationierung von nuklearen Sprengköpfen. Eine genaue Bestandsaufnahme und eine verstärkte Kontrolle wären schon Schritte nach vorn. Seit 2009 wurden auf Initiative der US-Administration drei Nukleargipfel zur Vorbeugung und Prävention möglicher nuklearterroristischer Anschläge abgehalten, mit dem konkreten Ziel der Verringerung der großen Menge an gefährlichem Nuklearmaterial weltweit und der Verbesserung der Sicherheit aller Nuklearmaterialien sowie radioaktiver Quellen mittels internationaler Kooperation. Der nächste Gipfel ist für 2016 geplant. Ob dieser Prozess darüber hinaus fortgesetzt werden wird, ist fraglich.

Neue Herausforderungen im 21. Jahrhundert

Die Zukunft von Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung wird auch im 21. Jahrhundert von der Funktionsfähigkeit der internationalen Institutionen und dem Erfolg der geschaffenen Regelwerke abhängen. Abrüstung und Nichtverbreitung sind dabei miteinander verbunden, denn nur wenn die Nuklearwaffenstaaten größtmögliche Zurückhaltung üben, werden Staaten, die sich bedroht fühlen, von ihren Nuklearambitionen ablassen.

Die Bedingungen haben sich jedoch geändert. Die Bipolarität weicht der Multipolarität: Neue regionale Dynamiken und Akteure treten ebenso auf wie wechselnde Machtbeziehungen und sich ändernde technologische Bedingungen. In einer globalisierten Welt kommt es naturgemäß verstärkt zu einer Weitergabe von Wissen, Personal und Material und damit auch zur Weiterverbreitung von Waffentechnologien. Der Ausbau der zivilen Kernenergie stellt zudem ungelöste Fragen an die Sicherheit von Nuklearanlagen gegenüber Terrorismus und an die Lagerung von spaltbarem Material, die mögliche Abzweigung von Nuklearmaterial für militärische Zwecke oder den bewussten Versuch, zivile Anlagen oder Material einem militärischen Zweck zuzuführen (*breakout*).

Die offiziellen Nuklearwaffenstaaten haben seit 1990 ihre Nukleararsenale verringert. Alleine die USA und Russland verfügen jedoch immer noch über ein riesiges Nuklearwaffenarsenal, während China, Indien, Pakistan und Nordkorea ihre Arsenale weiterhin vergrößern. Alle diese Staaten betreiben Modernisierungsprogramme und planen den Erhalt und partiellen Ausbau ihrer Nuklearstreitkräfte, weisen also den Nuklearwaffen auch in Zukunft eine entscheidende Rolle zu. Dies kommt einer Weigerung gleich, wirklich bis Mitte des neuen Jahrhunderts die Abschaffung der Nuklearwaffen anzuvizieren und wird auch als eine Bedrohung für die Integrität des NVV gesehen.[24]

Die nächste Überprüfungskonferenz des NVV wird im Mai 2015 in New York stattfinden,

um die Einhaltung des NVV und die Implementierung der Beschlüsse der letzten Konferenz in den Bereichen Abrüstung, Nichtverbreitung und "zivile Nutzung der Nuklearenergie" zu überprüfen. 2010 konnte ein Schlussdokument beschlossen werden, das für die nächsten fünf Jahre ein umfassendes Aktionsprogramm, bestehend aus 64 Aktionen, umfasst.[25] Die aus zwölf einflussreichen Staaten bestehende Non-Proliferation and Disarmament Initiative, zu der auch Deutschland und Polen gehören, setzte sich im Vorfeld für die konkrete Umsetzung der Beschlüsse der Überprüfungskonferenz 2010 und für Fortschritte bei nuklearer Abrüstung und Nichtverbreitung mit dem Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt ein.[26]

Die Umsetzung vieler Aktionen, die weder zeitlich eingegrenzt noch scharf formuliert sind, wird 2015 in New York diskutiert werden und die erzielten Fortschritte werden eine entscheidende Grundlage für den Abschluss der Konferenz bilden.[27] Dabei dürften einige kontroverse Themenkomplexe ausschlaggebend sein, so die Bemühungen der Nuklearwaffenstaaten um weitere Abrüstung (auch in Europa), der Stand der Vertragseinhaltung des Iran und die Fortschritte bei der Schaffung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Mittleren Osten.

Iran und Mittlerer Osten

Mit Sorge schauen viele Staaten auf die Verhandlungen der P5+1[28] zum iranischen Nuklearprogramm. Seit 2003 gibt es Verdachtsmomente, die dem Iran aufgrund einer Mischung aus Indizien und Beweisen nachsagen, das Land habe ein militärisches Programm zum Bau einer Nuklearwaffe für seine ambitionierten Raketräger im Blick. Iran beruft sich auf das Recht nach Artikel 6 NVV, Urananreicherung für eine eigene Brennstoffproduktion für zivile Zwecke betreiben zu dürfen. VN-Sanktionen mit erheblichen wirtschaftlichen Wirkungen auf die iranische Gesellschaft wurden verhängt und sollen erst ausgesetzt werden, wenn der Iran nachweisen kann, dass das bei der Anreicherung anfallende Uran nur für zivile Zwecke verwendet wird. Solch eine technisch basierte und durch die IAEA überwachte Lösung ist möglich, fordert von allen Beteiligten aber eine hohe Kooperationsbereitschaft.

In einem ersten Abkommen konnte in Genf Mitte 2013 eine vorläufige Einigung erreicht werden. Die laufenden Verhandlungen für ein längerfristiges und robustes Abkommen wurden bis November 2014 verlängert. Ein erfolgreicher Abschluss hätte einen positiven Einfluss auf die Überprüfungskonferenz im Mai 2015, aber auch auf die schwierige Lage im Nahen Osten. Ein Abkommen könnte für weitere Diskussion über die Einführung des neuen Verifikationsstandards Additional Protocol für Nichtnuklearwaffenstaaten sorgen und die Debatte um die Einführung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Mittleren Osten beleben. Diese ist eine alte Forderung der arabischen Welt. Die NVV-Überprüfungskonferenz hatte 2010 beschlossen, dass 2012 eine Konferenz zur Einführung einer solchen Zone abgehalten werden soll. Trotz vieler Konsultationen ist die Konferenz bisher nicht zustande gekommen. Immerhin haben sich unter der Schirmherrschaft der EU Regierungsvertreter aus der Region 2013 und 2014 in Glion/Schweiz dreimal getroffen und erste Schritte für die Konferenz ausgearbeitet. In Bezug auf Massenvernichtungswaffen hat sich die Lage im Mittleren Osten einerseits verbessert: Irak ist als Proliferator weggefallen, und die syrischen C-Waffen werden schrittweise vernichtet. Eine Lösung des iranischen Dossiers scheint in Sicht. Andererseits haben die politischen Probleme und Instabilitäten in der Region erheblich zugenommen. Es kann als großer Erfolg gelten, wenn es überhaupt gelingt, einen kontinuierlichen Prozess zu institutionalisieren, an dem entscheidende Staaten wie Ägypten, Israel, Iran, Syrien, Saudi-Arabien und die Golfstaaten trotz der Spannungen untereinander teilnehmen und ein Diskussionsforum zu der Problematik etablieren. Auch wäre die Etablierung geeigneter regionaler Verifikationsprozeduren ein Schritt vorwärts.

Europa und Russland

Am Ende des Kalten Krieges spielte die Überprüfung der Reduzierung von Nuklearwaffen (INF-Vertrag, 1987) und von konventionellen Waffen (KSE-Vertrag, 1991/Open Skies Vertrag, 1992) in Europa eine zentrale Rolle und führte zu einer beispiellosen Abrüstungswelle und einer "Kultur von Rüstungskontrolle und Verifikation" in Europa. Im Rahmen der OSZE konnte ein umfassendes Netzwerk von Vertragsregelungen zur Verifikation, Berechenbarkeit und Vertrauensbildung geschaffen werden, das lange als Vorbild für andere Regionen angesehen wurde. Ein struktureller Neuanfang in Europa, der die Rüstungskontrollgrundlagen weiterentwickelt und weitere Abrüstung ermöglicht, ist bisher jedoch nicht gefunden worden.[29] Die Debatte um die Raketenabwehr und die Erosion der konventionellen Rüstungskontrolle blockieren den Abrüstungsdialog zwischen der NATO und Russland.[30]

Ein sichtbares Zeichen für die ungelösten Probleme ist die fortdauernde Existenz von taktischen Nuklearwaffen in Europa. Letztere waren zum Einsatz unmittelbar im Kriegsfall für das Gefechtsfeld gedacht und bisher nicht Bestandteile eines Rüstungskontrollvertrages. Ihre genaue Zahl ist nicht bekannt, sie könnte aber die Zahl strategischer Nuklearwaffen insbesondere in Russland übersteigen. Die NATO hat in fünf NATO-Ländern (Deutschland, Niederlande, Belgien, Italien, Türkei) noch etwa 180 bis 200 taktische Nuklearwaffen. Das Pentagon diskutiert im Rahmen eines Life Extension Programms, diese durch modernere, zielgenauere Nuklearwaffen zu ersetzen, die auch durch NATO-Mitglieder im Kriegsfall eingesetzt werden könnten. Diese *extended deterrence* soll der Abschreckung im Rahmen des NATO-Bündnisses dienen und wird heute insbesondere von osteuropäischen NATO-Mitgliedern unterstützt. Kritiker verweisen darauf, dass dies ein Verstoß gegen Artikel 2 NVV bedeuten würde, der Nichtnuklearwaffenstaaten verpflichtet, "Nuklearwaffen oder deren Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen".[31] Einige Mitgliedsländer haben zwar den Abzug dieser anachronistischen Nuklearwaffen angeregt, die NATO hat sich bei ihrem Gipfel in Chicago im Mai 2012 allerdings für den Erhalt dieser Abschreckungskomponente in Europa ausgesprochen.[32]

Im Rahmen eines Strategiedokuments hat sich die Allianz aber auch verpflichtet, "die Bedingungen für eine Welt ohne Nuklearwaffen zu schaffen".[33] Ein neues NATO-Komitee [34] wurde im Februar 2013 geschaffen, um vertrauensbildende Maßnahmen in Bezug auf taktische Nuklearwaffen zu erarbeiten und Russland vorzuschlagen. Russland soll etwa 2000 taktische Nuklearwaffen insbesondere in seinem westlichen Teil gelagert haben.[35] Die Putin-Administration hat bisher kein Interesse gezeigt, genaue Zahlen über Umfang, Trägersysteme sowie Zweck und Einsatzstatus seiner taktischen Nuklearwaffenarsenale mitzuteilen. Die Veröffentlichung belastbarer Daten würde nicht nur die Transparenz erhöhen, sondern auch die Grundlage für einen überprüfbaren Abzug legen. Die Ukraine-Krise hat die Situation dramatisch verschlechtert. Nach der Annexion der Krim hatte die NATO die praktische Kooperation mit Russland im Rahmen des NATO-Russland-Rates suspendiert. Auch die vom US-Kongress der Obama-Administration auferlegten Nachfolgeverhandlungen zum New START-Vertrag, die auch das Problem der taktischen Nuklearwaffen einbeziehen, erscheinen zurzeit kaum möglich.[36] Die Notwendigkeit weiterer Zusammenarbeit auf dem Sektor kooperativer Sicherheit mit Russland ergibt sich aber angesichts der Größe und weiterbestehenden Gefahr nuklearer Arsenale im Interesse der Vermeidung von weiterer Proliferation. Spätestens bei der anstehenden Überprüfungskonferenz werden die Nuklearwaffenstaaten Schritte zum Erhalt des NVV-Regimes vorweisen müssen.

Eine Welt ohne Nuklearwaffen?

Die NVV-Überprüfungskonferenz 2010 drückt im Abschlussdokument "bezüglich der humanitären Konsequenzen eines jeglichen Einsatzes von Nuklearwaffen ihre tiefe Sorge aus und bekräftigt die Notwendigkeit für alle Staaten, die maßgeblichen Regeln des internationalen Rechts, insbesondere des humanitären Völkerrechts einzuhalten".[37] Zur Vertiefung der Problematik wurden, angestoßen von Norwegen und Mexiko, Konferenzen in Oslo (März 2013) und in Nayarit/Mexiko (Februar 2014) abgehalten. Zusätzlich verweisen VN-Resolutionen und Erklärungen bei den NVV-Vorbereitungskonferenzen auf eine zunehmende Zahl von Unterstützern aus der Staaten- und zivilgesellschaftlichen Welt für diesen Prozess der *humanitarian issues*. Der Begriff der *human security*, der menschlichen Sicherheit, ist heute international von großer Bedeutung und muss auch und gerade im Kontext eines Einsatzes eines zerstörerischen Nuklearwaffeneinsatzes im 21. Jahrhundert neu diskutiert werden. Viele Staaten und Nichtregierungsorganisationen setzen große Hoffnungen auf eine veränderte öffentliche Wahrnehmung, die schließlich in eine drastische Reduzierung der vorhandenen Nukleararsenale umgesetzt werden könnte. Die Konferenzen verzeichnen eine stark steigende Teilnehmerzahl, allerdings ignorieren die Nuklearwaffenstaaten bis heute die Debatte.[38] Eine dritte Konferenz, die weitere Schritte ausarbeiten soll, ist Ende 2014 in Wien geplant. Sie ist nicht nur Ausdruck zunehmender Frustration der internationalen Gemeinschaft über die Stagnation bei der nuklearen Abrüstung, sondern auch bezüglich des schneckenartigen "Schritt-für-Schritt-Ansatzes" der Nuklearwaffenstaaten und ihrer Verbündeten bezüglich einer nuklearwaffenfreien Welt. Ob diese Initiative eine Alternative zum NVV-Prozess bilden kann, ist zurzeit schwer auszumachen.

Der Schlüssel für weitere, tief greifende Abrüstungsschritte bei den übervollen Nukleararsenalen liegt zweifelsohne in der Hand der Nuklearwaffenstaaten. Ihre Nukleardoktrinen und die Größe ihrer Arsenale, insbesondere in den USA und Russland, fußen auf den Planungen des Kalten Krieges und verhindern eine zukunftsgerichtete Sicherheits- und Friedenspolitik, die zur Delegitimierung der Nuklearwaffen und damit effektiver Nichtverbreitung beiträgt. Der Nuklearwaffenexperte Ward Wilson hat darauf hingewiesen: "Viele der alten Mythen, die Nuklearwaffen auf uns ausüben, sind psychologisch. Ihr Ausmaß passt in unserer Erinnerung nicht mehr zu ihrem tatsächlichen Umfang in der realen Welt der pragmatischen Konsequenzen. Sie sind eingepackt in einen Schleier von 60 Jahren Rhetorik und Übertreibung."[39]

Die Nuklearwaffenstaaten müssen bei ihren Modernisierungsprogrammen nicht nur äußerste Zurückhaltung walten lassen, sondern ihre Nukleardoktrinen in Richtung auf einen Ersteinsatzverzicht modifizieren und bezüglich ihrer Nukleararsenale weitaus größere Transparenz und Abrüstungsbereitschaft zeigen. Unilaterale Reduktionen, die Veröffentlichung konkreter Angaben über Zahl, Funktion und Einsatzstatus der vorhandenen Nuklearwaffen und der Beginn einer Zusammenarbeit der P5 für eine überprüfbare Multilateralisierung der nuklearen Abrüstung wären Schritte nach vorne, denn sie würden erheblich zur Delegitimierung der Nuklearwaffen beitragen und den Verlockungen für andere Länder entgegenwirken, sich diese ebenfalls zuzulegen. Die Debatte über die Bedingungen für eine Welt ohne Nuklearwaffen und die nächsten praktikablen Schritte hin zu diesem alternativlosen Ziel darf nicht zum Erliegen kommen.

Fußnoten

1. Vgl. Stephanie Cooke, Atom. Die Geschichte des nuklearen Zeitalters, Köln 2010.
2. Vgl. Bernd Stöver, Der Kalte Krieg, München 2006.
3. Gemeint sind in erster Linie strategische Bomber, Interkontinentalraketen (ICBM), U-Boot-gestützte Raketen (SLBM), Cruise Missiles, Kampfflugzeuge. Aber auch andere

Formen von Trägern sind denkbar.

4. Vgl. Götz Neuneck, Atomares Wettrüsten der Großmächte – kein abgeschlossenes Kapitel, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg et al. (Hrsg.), "Kampf dem Atomtod", Hamburg 2009, S. 91–119.
5. Siehe dazu die Statistiken des Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI Yearbook 2013: Armaments, Disarmament and International Security, Oxford 2013.
6. Eine Ausnahme bildet die Advisory Opinion des International Court of Justice, der 1996 erklärte, dass der Nuklearwaffeneinsatz nicht vereinbar mit den Regeln des humanitären Völkerrechts ist, aber keinen Konsens finden konnte, ob dies in allen Fällen gilt.
7. Die Begriffe Abrüstung und Rüstungskontrolle werden oft sinngleich benutzt und beeinflussen sich gegenseitig. Abrüstung bezeichnet dabei die Reduktion oder vollständige Eliminierung von bestimmten Waffenkategorien, während unter Rüstungskontrolle Maßnahmen zur Begrenzung und Überprüfbarkeit von Rüstung, unter die auch Abrüstung fallen kann, verstanden wird. Vgl. Götz Neuneck, Nichtweiterverbreitung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, in: Michael Staack (Hrsg.), Einführung in die Internationale Politik. Ein Studienbuch, München 2012, S. 737–785.
8. Address before the General Assembly of the United Nations, 25.9.1961, (<http://www.jfklibrary.org/Asset-Viewer/Archives/JFKPOF-035-048.aspx>) (13.7.2014).
9. Vgl. Richard L. Garwin/George Charpak, Megawatts and Megatons. A Turning Point in the Nuclear Age?, New York 2001.
10. Zusätzlich kann bei einer Höhenexplosion ein elektromagnetischer Impuls die elektronische Infrastruktur eines großen Areals lahmlegen. Vgl. Samuel Glasstone/James Dolan, The Effects of Nuclear Weapons, Washington D.C. 1962, S. 1–12, S. 547–554.
11. Vgl. Owen B. Toon/Alan Robock/Richard P. Turco, Environmental Consequences of Nuclear War, in: Physics Today, 61 (2008) 12, S. 37–42.
12. Vgl. Ira Helfand, Nuclear Famine: A Billion People at Risk, Global Impacts of Limited Nuclear War on Agriculture, Food Supplies, and Human Nutrition, o.O. 2012.
13. Vgl. Eric Schlosser, Command and Control: Nuclear Weapons, the Damascus Incident, and the Illusion of Safety, New York 2013.
14. Vgl. Michael Brzoska/Götz Neuneck, Vagabundierende Atomwaffen? Das sowjetische Arsenal nach 1991, in: Bernd Greiner/Tim B. Müller/Klaas Voß (Hrsg.), Erbe des Kalten Krieges, Hamburg 2013, S. 274–292.
15. Vgl. Mark Fitzpatrick, Overcoming Pakistan's Nuclear Dangers, London 2014.
16. Vgl. Steve Miller/Scott D. Sagan, Nuclear Power without Nuclear Proliferation?, in: Daedalus, 138 (2009) 4, S. 7–18.
17. Vgl. Ivanka Barzashka et al., How to Avoid an New Arms Race, Bulletin of the Atomic Scientists vom 25.7.2011.
18. Siehe im Detail Götz Neuneck (Anm. 7), S. 757–785.
19. Der NVV ist zugleich das zentrale Element des Nichtverbreitungsregimes, das unterschiedliche informelle und Rüstungsexportkontrolle tätige Gruppen (Nuclear Suppliers Group) und Maßnahmen der IAEA kennt, um das NVV-Regime zu stützen.
20. Vgl. Hubert Thieleke, Kernwaffenfreie Zonen und die Vereinten Nationen. Regionale Schritte auf dem Weg zu einer Welt ohne Kernwaffen, in: Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, 58 (2010) 4, S. 175–180.
21. Vgl. Oliver Meier, Die Zukunft regionaler Rüstungskontrolle; in: Die Friedenswarte, 83 (2008) 2–3, S. 155–175.
22. Vgl. die Schätzungen des International Panel on Fissile Materials, Global Fissile Material Report, Princeton, NJ 2011.
23. Vgl. Alexander Glaser/Zia Mian, Global Stocks of Fissile Materials, 2012 in: SIPRI Yearbook 2013 (Anm. 5), S. 326–331.
24. Vgl. Hans M. Kristensen, Nuclear Weapons Modernization: A Threat to the NPT? in:

- Arms Control Today, 44 (2014) 4, S. 8–15.
25. Vgl. 2010 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Final Document, Vol. I, Part I, New York 2010.
 26. Neben den Initiatoren Australien und Japan sind dies Deutschland, Chile, Kanada, Mexiko, die Niederlande, Nigeria, die Philippinen, Polen, die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate.
 27. Vgl. Gaukhar Mukhatzhanova, Rough Sea Ahead: NPT Review Conference in: Arms Control Today, 44 (2014) 3, S. 20–26.
 28. China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA plus Deutschland als nichtständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrates.
 29. Vgl. Michael Brzoska et al., Chancen zur Rüstungskontrolle in Europa, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, November 2011, (<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08717.pdf>) (5.8.2014).
 30. Siehe dazu die Analyse und Vorschläge der Deep Cuts Kommission, Options for Enhancing Euro-Atlantic and International Security, Hamburg 2014.
 31. Vgl. H.M. Kristensen (Anm. 24).
 32. Vgl. Oliver Meier/Simon Lunn, Trapped: NATO, Russia, and the Problem of Tactical Nuclear Weapons, in: Arms Control Today, 44 (2014) 1, S. 18–24.
 33. NATO, Deterrence and Defense Posture Review, Mai 2012, sec. V.24.
 34. Special Advisory and Consultative Arms Control, Disarmament and Non-Proliferation (ADN) Committee.
 35. Details bei Götz Neuneck, Tactical Nuclear Weapons and NATO: European and German Perspectives, in: Tom Nichols/Douglas Stuart/Jeffrey D. McCausland (Hrsg.), Tactical Nuclear Weapons and NATO, Carlisle Barracks, PA 2012.
 36. Für eine Wiederbelebung treten die Vorschläge der Deep Cuts Commission (Anm. 30) ein. Siehe dazu auch Wolfgang Ischinger/Steven Pifer/Andreij Zagorski, Vertrauensbildende Maßnahmen sind wichtiger denn je, in: Neue Züricher Zeitung vom 20.6.2014, S. 19.
 37. 2010 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (Anm. 25), S. 19.
 38. Vgl. Tim Caughley, Humanitarian Impacts of Nuclear Weapons. Tracing Notions about Catastrophic Humanitarian Consequences, Geneva 2014.
 39. Ward Wilson, Five Myth about Nuclear Weapons, Boston 2013, S. 121.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-nd/3.0/de/
 Autor: Götz Neuneck für Aus Politik und Zeitgeschichte/bpb.de

Online-URL

<http://www.bpb.de/apuz/190113/nukleare-nichtverbreitung-ruestungskontrolle-und-abruestung>

Impressum

Diensteanbieter
gemäß § 5 Telemediengesetz (TMG)
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn
redaktion@bpb.de

MIT-Professor Theodore Postol über INF-Vertrag: Öffnen Trump und Putin die Büchse der Pandora?

 neue-entsorgungspolitik.berlin/mit-professor-theodore-postol-ueber-inf-vertrag-oeffnen-trump-und-putin-die-buechse-der-pandora/
2. März 2019 Redaktion

Die New York Times veröffentlichte am 19. Februar 2019 diese Analyse über die Hintergründe des amerikanisch-russischen Streits über – beiderseitige – Verletzungen des INF-Vertrags. Als mehrfach ausgezeichnete Expertin für die Analyse von Raketenabwehrsystemen bietet MIT-Professor Postol mit seinem Beitrag glaubwürdig wichtige technische Hintergrundinformationen und Lösungsvorschläge, um bis zum Ablauf der Galgenfrist für den INF-Vertrag am 01. August 2019 den Vertrag zu retten. Deshalb veröffentlichen wir seinen Text in deutscher Übersetzung.

„In der griechischen Mythologie hatte Pandora eine Box, vor der sie gewarnt worden war, sie auf keinen Fall zu öffnen. Aber ohne Verständnis für die Folgen ihres Handelns und trotz der Warnung, öffnete sie die Box: sie setzte irreversible Seuchen frei, unter denen die gesamte Menschheit für immer leiden würde.

Die amerikanische Drohung, sich aus dem Vertrag über das Verbot von nuklearen Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 500 bis 5.000 Kilometern zurückzuziehen, hat ähnliche Folgen für die Menschheit, sollte sie wirklich trotz aller Warnungen und ohne Rücksicht auf die Konsequenzen durchgezogen werden.

Ein besonders schwieriges Problem ist, dass Russen und Amerikaner sich gegenseitig beschuldigen, die INF-Vertragsbestimmungen in Europa missachtet zu haben durch Planung oder Stationierung nuklearfähiger Waffen, die einen doppelten („dual-use“) Nutzen haben könnten – sie sind scheinbar defensiv, aber nach kurzfristig möglicher Änderung auch offensiv einsetzbar.

Es ist fair zu sagen, dass beide Seiten der jeweils anderen Seite einen Grund zu Befürchtungen gegeben haben, und das bedeutet, dass die Amerikaner die russische Position ernst nehmen müssen. Wenn beide Seiten nicht von ihren Drohungen, Anschuldigungen und Vermutungen über die andere Seite abrücken, werden beide Seiten das Ende des Vertrages besiegeln.

Folgendes sollte man aber bedenken: Die neuen modernen nuklearfähigen Marschflugkörper werden weitaus gefährlicher sein als diejenigen, die bei der Unterzeichnung des INF-Vertrags 1987 verboten wurden:

Durch Fortschritte in der Computerelektronik wurden Leittechniken konventionell bewaffnete Marschflugkörper produziert, die ihre Routen und Ziele während des Fluges ändern und in der Lage sind, ihre Ziele zu einem programmierten Zeitpunkt mit höchster Präzision anzugreifen.

Mit solchen Fähigkeiten könnten Marschflugkörper zur gleichen Zeit von vielen Orten aus gestartet werden, um zahlreiche Ziele auf einmal zu zerstören. Die mögliche Vorwarnung wäre im besten Fall mehrdeutig, nicht anders als Schatten in einem

dunklen Wald zu erkennen.

Diese furchterregenden neuen Fähigkeiten auf beiden Seiten würden das Risiko eines katastrophalen, irrtümlichen Einsatzes von Atomwaffen in einer unvorhergesehenen Krise dramatisch erhöhen.

Wie sind wir soweit gekommen? Der Weg zur aktuellen Krise begann im September 2009, als Präsident Barack Obama eine neue Konzeption für die amerikanische Raketenabwehr in Europa gegen iranische Langstreckenraketen ankündigte. Sie würden die von der George W. Bush-Administration geplanten bodengestützte Raketenabwehrsysteme in Polen und Rumänien ersetzen, und Herr Obama beschrieb seine neuen Konzeption des „European Phased Adaptive Approach“ als das „intelligentere und schnellere“ Abwehrsystem. Die Abschussanlagen hätten viel mehr kleinere und schnellere Abwehrraketen, die von Aegis-Radargeräten gesteuert werden, die normalerweise auf Kriegsschiffen der US-Marine verwendet werden.

Was Obama offenbar nicht wusste, war, dass keines der Radaranlagen für dieses System in der Lage war, weitreichende iranische Atomraketen zu erkennen, um sie mit Abwehrraketen abzufangen.

Das war ein skandalöser Fehler, der nur erklärbar ist durch einen Mangel an technischer Informationen aus dem Pentagon und das Versagen der Politischen Stäbe des Weißen Hauses und des State Department, die versäumt hatten, den Präsidenten auf die Auswirkungen der vorgeschlagenen Veränderungen hinzuweisen.

Präsident Obama wurde also wahrscheinlich nicht darüber informiert, dass die „Aegis Land“-Abschussanlagen in Polen und Rumänien schnell mit offensiven Cruise Missiles bewaffnet werden konnten, die in der Lage sind, mit extrem kurzer Vorwarnzeit Ziele im europäischen Russland schnell und vernichtend anzugreifen.

Mit anderen Worten, die Entscheidung, Aegis-Anlagen an Land in Europa zu stationieren, produzierte keine glaubwürdigen Raketenabwehrfähigkeiten für die Vereinigten Staaten, sondern beschaffte Abschussysteme, die schnell mit dutzenden – oder gar hunderten von – offensiven Marschflugkörpern bewaffnet werden könnten.

das war der Grund, warum die Russen sofort reagierten, nachdem Obama entschied, mit seinem Plan fortzufahren.

Heute nun erklärte die Trump-Administration, der Grund für den angekündigten Auszug aus dem INF-Vertrag sei die Entwicklung der russischen SSC-8-Marschflugkörper, auch bekannt als 9M729, die anscheinend die klaren Begrenzungen der Reichweiten für Waffen des INF-Vertrages verletzen.

Ich überlasse es anderen, zu beurteilen, ob die Russen damit wirklich gegen den Vertrag verstoßen haben, was ich durchaus für möglich halte. Aber die SSC-8-Rakete scheint genau die Eigenschaften wie die amerikanischen seegestützten Tomahawk

Cruise Missiles zu haben. Die Tomahawk wiederum können problemlos an den Aegis-Standorten gelagert und von dort gestartet werden.

Westliche Nachrichtendienste haben oft die russischen Vorwürfe, die amerikanischen Raketenabwehranlagen seien INF-vertragswidrig, als Ablenkungsmanöver dargestellt. Aber die öffentlich zugänglichen Informationen machen deutlich, dass die auf Aegis basierenden Systeme in Osteuropa, wenn ausgerüstet mit Marschflugkörpern, tatsächlich die INF verletzen.

Denn da die Aegis-Systeme so wenig zum Abfangen von iranischen Raketen geeignet sind, wäre es für russische Militärplaner logisch und für die politische Führung Russlands sinnvoll, zu fragen, warum die Vereinigten Staaten entschieden haben, solche Systeme in Osteuropa zu stationieren. Könnte diese Entscheidung der USA auf eine strategische Absicht hinweisen, das System zu erweitern und im Laufe der Zeit zu ändern (was gerade passiert)?

Die Russen bestehen also darauf, dass diese „doppelt verwendbaren“ Aegis-Abschussanlagen an Land die Begrenzungen des INF-Vertrags für die Reichweite von offensiven Waffen verletzen. Die amerikanische Regierung argumentiert, ihre Anlagen in Polen und Rumänien stellten keine Bedrohung für Russland dar, weil ihre Computersoftware nicht geeignet sei für den Abschuss von Cruise Missiles.

Aber die mechanischen und elektronischen Komponenten an den Standorten der „Aegis an Land“ unterscheiden sich nicht von den auf Kriegsschiffen der Navy installierten Abschussanlagen, die ja dafür entwickelt wurden, um von den Schiffen aus gleichzeitig sowohl Cruise Missiles als auch Luftabwehrraketen abzuschießen.

Wollte man die amerikanische Position akzeptieren, müsste man glauben, dass ein Computer für das Lesen des einen standardisierten Laufwerks nicht in der Lage wäre, das standardisierte Laufwerk einer anderen Größe oder Marke zu lesen.

Die mit dem Ziel der Erhaltung des INF-Vertrags verbundenen Probleme sind komplex und nicht leicht zu lösen. Beide Seiten haben berechtigte Sorgen, die innerhalb von sechs Monaten ausgeräumt werden müssen, um zu verhindern, dass aus der in diesem Monat angekündigten Aussetzung des UND-Vertrages eine endgültige Kündigung ab 02. August 2019 wird.

Fakten unterstützen die russische Position. Diese Realität muss berücksichtigt werden, wenn die Vereinigten Staaten und Russland (und möglicherweise andere Länder) sich auf eine Kontrolle von Mittelstreckenraketen einigen sollen.

Beide Seiten müssen innehalten und über ihre gemeinsame und vermeidbare Gefahr nachdenken anstatt durch an Argumenten festzuhalten, die für die jeweilige Seite einen militärischen Vorteil bieten.

Amerika muss anerkennen, dass die Obama-Regierung unabsichtlich eine Wahl für ein landgestütztes Raketenabwehrsystem getroffen hat, das für Raketenabwehr ungeeignet ist und stattdessen aussieht wie ein System für Angriffe auf Russland.

Die Trump-Administration muss ihre Extremisten davon abhalten, einen sinnvollen Vertrag zu beenden und die Welt auf einen noch schnelleren Weg zur Vernichtung zu bringen.

Und die Russen müssen aufhören, mit noch bedrohlicheren neuen Raketen zu prahlen – eine dumme und gefährliche Reaktion auf amerikanische Spielchen gegen ihr eigenen Interesse. Alle werden gewinnen, wenn der Wille zum Kompromiss zur Geltung kommt – wenn nicht, werden alle verlieren.

Theodore Postol ist emeritierter Professor für Wissenschaft, Technologie und Nationale Sicherheit am Massachusetts Institute of Technology.

Übersetzung durch die Redaktion (wb). Quelle: 19.02.2019, New York Times, Opinion: Are Trump and Putin Opening Pandora's Box?, by Theodore Postol

SPD-Europapolitiker fordern neue Entspannungspolitik

 neue-entspannungspolitik.berlin/spd-europapolitiker-fordern-neue-entspannungspolitik/

17. Februar 2019 Redaktion



Demonstranten protestieren mit Masken von Russlands Präsident Wladimir Putin, Kanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Donald Trump gegen das Aus des INF-Abrüstungsabkommens. | © Verwendung weltweit

Nach Präsident Trumps Ankündigung auf einer Wahlkampfveranstaltung im Oktober 2018, er wolle aus dem INF-Abkommen über das Verbot von Mittelstreckenraketen aussteigen, gab es international zahlreiche Proteste aus Kirchen und Zivilgesellschaft sowie von Rüstungskontrollexperten. Auch aus der SPD meldeten sich im Oktober neun ehemalige SPD-Vorsitzende und vier frühere MinisterInnen der SPD mit einem gemeinsamen Aufruf zur Rettung des INF-Vertrages.

Am 15. Februar berichtete die Neue Westfälische unter dem Titel **SPD-Europapolitiker fordern neue Ostpolitik:**

„Achim Post und Martin Schulz legen Papier zur Münchner Sicherheitskonferenz vor. Die Sozialdemokraten wollen den INF-Vertrag retten.“ Das Papier wurde anschließend auf der Homepage der NRW-Landesgruppe im Bundestag veröffentlicht und hat folgenden Wortlaut:

Höchste Zeit zu handeln – für Abrüstung und eine neue Entspannungspolitik

Europa und der Welt droht ein neues Wettrüsten. Es ist höchste Zeit für eine neue Politik der Abrüstung und Entspannung, für die Deutschland und Europa die Stimme erheben und Impulse geben müssen. Auch wenn die Rahmenbedingungen denkbar

schlecht sind, weil derzeit sowohl die USA als auch Russland auf Aufrüstung und Eskalation setzen: Deutschland und Europa dürfen jetzt nichts unversucht lassen, um die internationale Rüstungskontrollarchitektur vor einem Kollaps zu bewahren.

Die Kündigung des INF-Vertrages zum Verbot landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen durch Präsident Trump ist ein höchst gefährlicher Rückschlag für Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa und weltweit. Nimmt man die bereits erfolgte Kündigung des Iran-Abkommens sowie die 2021 ebenfalls drohende Nicht-Verlängerung des New START-Abkommens, das strategische Atomwaffen begrenzt, hinzu, ergibt sich ein dramatisches Bild. Nicht nur, dass die USA und Russland offensichtlich wieder auf nukleare Aufrüstung setzen und dabei keine Rücksicht auf die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung nehmen. Verschärfend kommt hinzu: Wenn es kein glaubwürdiges Regime zur Begrenzung der amerikanischen und russischen Atomwaffenarsenale mehr gibt, wird die atomare Aufrüstung auch in anderen Teilen der Welt noch weiter an Fahrt aufnehmen. Gegenüber der überschaubaren bipolaren Konfrontationsstellung des Kalten Krieges, dürfte sich ein solches globales und unübersichtliches „Wettrüsten 2.0“ als weitaus gefährlicher erweisen.

Die unmittelbaren Einflussmöglichkeiten Europas auf die beiden atomaren Supermächte mögen zwar begrenzt sein. Deutschland und Europa dürfen jetzt aber nicht einfach nur an der Seitenlinie stehen. Fatalismus und Resignation wären die falschen Ratgeber. Stattdessen muss Europa alles in seiner Kraft stehende tun, um Abrüstung, Dialog und Entspannung wo immer möglich wieder nach vorne zu bringen:

Erstens *darf nichts unversucht bleiben, um den INF-Vertrag doch noch zu retten.* Die Europäer müssen die verbleibenden sechs Monate dazu nutzen, um die USA und Russland zur Aufklärung und Widerlegung der wechselseitigen Vorwürfe zu drängen. Dazu muss Russland unabhängige Inspektionen zulassen. Umgekehrt sollten aber auch die russischen Bedenken wegen der US-amerikanischen Raketenabwehrsysteme in Rumänien und Polen ernst genommen werden.

Zweitens *müssen Deutschland und Europa alles daran setzen, das Abrüstungsregime insgesamt zu erhalten und zeitgemäß zu erneuern.* Die von Außenminister Heiko Maas für März eingeladene Abrüstungskonferenz in Berlin kann hierfür einen wichtigen Impuls geben. Denn die rasante technologische Entwicklung immer neuer Waffensysteme wie Hyperschallraketen, für die es bisher keinerlei internationale Regelwerke gibt, stellt uns vor Herausforderungen neuer Art. Hierauf könnte auch ein erneuerter INF-Vertrag eine Antwort geben, der idealerweise neben den USA und Russland auch weitere Staaten einbinden sollte.

Drittens *dürfen Deutschland und Europa keinen Zweifel daran lassen, dass ein neues atomares Wettrüsten auf europäischem Boden nicht in Frage kommt.* Sollten die USA in Reaktion auf das russische Raketenprogramm tatsächlich neue Mittelstreckenraketen in Europa stationieren wollen, kann es darauf nur eine Antwort geben: keine neuen Atomwaffen in Deutschland und Europa! Stattdessen wäre ein ganz anderes Signal vernünftig: Der vollständige Abzug aller US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland.

Viertens *müssen wir endlich mit der außenpolitischen Eigenständigkeit Europas ernst machen.* Europa kann es sich nicht länger leisten, dass seine Sicherheit von den Interessen und Launen eines unzuverlässigen US-Präsidenten abhängt. Deshalb brauchen wir gerade jetzt einen Impuls für eine Stärkung der europäischen Außenpolitik, die am besten künftig in den Händen eines echten europäischen Außenministers zusammenlaufen sollte.

Fünftens *kommt es darauf an, dass Deutschland eine ebenso verantwortliche wie klare Position innerhalb der NATO einnimmt.* Einerseits gilt es die Sicherheitsbedenken gerade unserer osteuropäischen NATO-Partner ernst zu nehmen und die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses in Osteuropa weiter zu stärken. Zugleich muss Deutschland aber unmissverständlich deutlich machen, dass wir die maßlosen NATO-Aufrüstungspläne von US-Präsident Trump ablehnen. So wichtig eine gute Ausrüstung der Bundeswehr ist: 2% des gesamten Bruttoinlandsprodukts in Verteidigung und Militär zu stecken, ist durch nichts gerechtfertigt.

Sechstens *brauchen wir einen neuen Anlauf für eine Politik des Dialoges und der Entspannung gerade auch gegenüber Russland.* Wir sehen dabei keineswegs über die russische Politik hinweg – von der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, über russische Einflussnahme und Wahlmanipulationen auch in europäischen Ländern bis hin zur besorgniserregenden Menschenrechtslage in Russland selbst. Dies alles ändert aber nichts daran, dass eine dauerhafte europäische Friedensordnung letztlich nicht gegen Russland möglich ist, sondern mit Russland gemeinsam angestrebt werden muss. Statt weiterer Konfrontation, brauchen wir deshalb Einstiege in vertrauensbildende Maßnahmen, Diplomatie und Dialog, wenn sich hierfür Spielräume bieten. Dabei müssen einerseits bestehende Formate und Foren wie der NATO-Russland-Rat oder die OSZE besser genutzt sowie andererseits neue Formate entwickelt werden – etwa über Kontakte der EU zu von Russland dominierten Institutionen wie der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU). Kurzum: Wir brauchen eine neue Ost- und Entspannungspolitik.

Die deutsche und europäische Außenpolitik ist jetzt mehr denn je gefordert, um einen Totalschaden der internationalen Rüstungskontrollarchitektur abzuwenden und Europas Rolle als internationale Friedensmacht zu stärken. Politische Initiative muss dabei mit gesellschaftlicher Initiative Hand in Hand gehen. Auf die Stimme der Bürgerinnen und Bürger, der Zivilgesellschaften in Europa und darüber hinaus kommt es jetzt ganz entscheidend an. Letztlich ist nichts weniger vonnöten als eine neue Friedensbewegung, um dem atomaren Aufrüstungsirrsinn von Trump, Putin und Co eine starke Stimme der Vernunft entgegenzusetzen.

Von Martin Schulz und Achim Post

Mit anderen Worten: Die europäische Sozialdemokratie meldet sich friedenspolitisch zu Wort: Am 30. Januar 2019 wurde Daniel Ellsberg in Stockholm für sein jahrzehntelanges Engagement gegen atomare Aufrüstung und für sein vor kurzem erschienen Buch über „Bekanntnisse eines Atomkriegsplaners“ mit dem Olof-Palme-Preis geehrt — überreicht von der sozialdemokratischen Außenministerin, dem Premierminister und anderen Ministern der Regierung Schwedens und zahlreichen Ehrengästen.

Gut eine Woche später, am 11.02.2019 wurde Ellsberg — unerwartet — eingeladen, vor der Klausurtagung des SPD-Parteivorstandes im Willy-Brandt-Haus zu sprechen: Nach dem Treffen kommentierte Stephan Weil, Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen (und Erstunterzeichner des Appells „Neue Entspannungspolitik JETZT!“): „*Ellsberg (nach Henry Kissinger ‚der gefährlichste Mann der Vereinigten Staaten‘) kämpft seit mehr als 50 Jahren (!) gegen den Wahnsinn des Wettrüstens. Eine eindrucksvolle Persönlichkeit!*“. Die SPD Rheinland-Pfalz twitterte: „Mit @katarinabarley trifft Malu #Dreyer am Rande der @spdde-Klausur auf Friedensaktivist @DanielEllsberg: „*Wir brauchen mehr Tauben und weniger Falken in der Politik. Die #SPD ist & bleibt Friedenspartei. Deshalb beunruhigt uns die Aufkündigung des #INF-Vertrags durch die USA.*“

Sprengpotenzial

Warum Europa den Schulterschluss mit Ostasien suchen sollte, um eine Nachrüstung von INF-Waffen zu verhindern.

Von Ulrich Kühn | 12.02.2019



Gute alte Zeit: Zerstörung einer sowjetischen Rakete nach Abschluss des INF-Vertrags.

Für Europa ist das Ende des INF-Vertrags äußerst problematisch. Wieder steht der Kontinent an der Schwelle zu einer Nachrüstungsdebatte. Um die erneute Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen zu verhindern, lohnt sich ein Blick nach Fernost – denn auch Amerikas Verbündeten in Asien droht eine Nachrüstung. Und auch sie haben wenig Grund, sich neue amerikanische Raketen herbeizuwünschen.

Um diese Entwicklung zu erfassen, sollte man zunächst die Interessen und Motive Washingtons genauer betrachten. Sowohl in Europa, als auch in Asien sieht sich die aktuelle amerikanische Regierung einem aggressiven Ringen mit revanchistischen Großmächten ausgesetzt. In beiden Fällen drohen – so die jüngsten US-Strategiedokumente – die USA militärisch ins Hintertreffen zu geraten.

In Europa hat sich aus amerikanischer Sicht die Bedrohungslage seit dem russischen Einmarsch auf der Krim signifikant verändert: Russland ignoriert internationale Regeln und zögert nicht vor direkter Gewaltanwendung. Im Zweifelsfall – so die Befürchtung vieler amerikanischer Sicherheitsexperten – könnte Russland auch den offenen Konflikt mit der NATO suchen, da Moskau über deutlich mehr Nuklearwaffen in Europa verfügt als die USA. Dass Russland nun zusätzlich verbotene INF-Raketen mit Reichweiten zwischen 500 und 5.500 km produziert und damit Amerikas Verbündete bedroht, ist nur Wasser auf die Mühlen derer, die dem Kreml sinistere Motive unterstellen und Amerikas Fähigkeit zur Abschreckung in Gefahr sehen.

Während die meisten europäischen NATO-Partner absolut keinen Appetit auf neue amerikanische Mittelstreckenwaffen in Europa haben, sehen einige östliche Länder das komplett anders.



Mit Blick auf Asien wiederum warnen Amerikas Militärplaner vor dem wachsenden Raketenarsenal Chinas, welches zu über 90 Prozent im Reichweitemenspektrum des INF-Vertrags liegt. Richtig ist, dass China keine INF-Vertragspartei ist und in den vergangenen Jahren massiv in landgestützte Raketen zur sogenannten Bereichsverweigerung (Anti-Access/Area Denial) investiert hat. Mittels dieser Waffen, so die amerikanischer Befürchtung, könnte Peking die überlegene amerikanische Seepräsenz von den umstrittenen Inselgebieten des südchinesischen Meeres fernhalten. Die Bewegungsfreiheit amerikanischer und anderer Schiffe in den Gewässern Ostasiens wäre zunehmend in Frage gestellt.

Amerikas Antwort auf diese verschiedenartigen Herausforderungen in Europa und Ostasien ist nun der Ausstieg aus dem INF-Vertrag. Bevor eine erneute Nachrüstungsdebatte und ein weiterer Raketenwettlauf europäische Realität werden, müssten neue amerikanische INF-Raketen zunächst entwickelt und gebaut werden. Dies würde schätzungsweise zwei bis drei Jahre dauern; ein entsprechendes Forschungsprogramm des Pentagons wurde bereits 2018 angestoßen. Erst dann käme die heikle Frage der Stationierung.

Während die meisten europäischen NATO-Partner – darunter vor allem Deutschland – absolut keinen Appetit auf neue amerikanische Mittelstreckenwaffen in Europa haben, sehen einige östliche Länder das komplett anders. Der jüngste polnische Vorstoß für die Errichtung eines „Fort Trump“ genannten zusätzlichen US-Stützpunkts in Polen zeigt, dass Warschau durchaus auch außerhalb des NATO-Konsenses zu handeln bereit ist. Sollten aber einige Bündnisländer eine Nachrüstung vehement ablehnen und andere diese vorantreiben, wäre das für die NATO fatal und für Putin ein Fest.

Auch in Ostasien droht ein Rüstungswettlauf. An Land stationierte amerikanische Raketen würden den militärischen Handlungsspielraum Washingtons gegenüber China zunächst deutlich erweitern. Doch auch in der Ostasienregion sind Amerikas Verbündete alles andere als begierig auf diese Waffen. Südkorea würde sich unter keinen Umständen den vorsichtigen Frühling im bilateralen Verhältnis zum Norden von neuen Raketen kaputtmachen lassen. Australien oder die Philippinen würden sich regional durch eine Stationierung isolieren. Selbst Japan – von vielen in Washington als willigster Helfer gegen die Volksrepublik eingeschätzt – hat vor einem möglichen Rüstungswettlauf gewarnt und das Weiße Haus aufgefordert, nicht aus dem INF-Vertrag auszusteigen. Stationierungseuphorie sieht anders aus.

Braucht es also stärkere Drohungen, auch aus Deutschland, beispielsweise im Hinblick auf die Pipeline „Nordstream 2“?



Diese Länder haben guten Grund zur Skepsis. Denn selbst wenn Japan oder vielleicht auch weitere Länder in der Region einer Stationierung zustimmen würden, wäre dies vor allem zu ihrem eigenen Nachteil, da China eine militärische Auseinandersetzung mit den USA zwangsläufig auf die Territorien dieser Staaten ausdehnen müsste. Hinzu kommt, dass es im Ernstfall sehr schwierig für das amerikanische Militär wäre, zwischen nuklearen und nicht-nuklearen chinesischen Zielen einwandfrei zu unterscheiden. Neue INF-Waffen in Ostasien würden dieses Unterscheidungsproblem nur noch verschärfen. Denn mit ihnen stiege das Risiko der vertikalen Eskalation, da China im Zweifelsfall gezwungen wäre, seine Nuklearwaffen früh in einem möglichen Konflikt einzusetzen – qua Motto:

Lieber die nukleare Schwelle überschreiten, solange man noch kann. Mögliche chinesische Nuklearschläge würden dann wohl vor allem gegen solche Verbündete erfolgen, die amerikanische INF-Raketen beherbergen.

Die Entwicklung neuer amerikanischer INF-Waffen steht und fällt ultimativ mit der Frage ihrer Stationierung. Sollten (fast) alle Verbündeten Washingtons abwinken, würde wohl auch der Kongress keine Gelder bewilligen. Damit entsteht durchaus ein Anreiz, eine breite, transregionale Koalition der Stationierungsunwilligen zu schmieden. Doch ein solcher Ansatz birgt Risiken. Einzelne Länder wie Polen, Großbritannien oder Japan könnten ausscheren. Washington könnte militärischen und wirtschaftlichen Druck ausüben. Hinzu käme, dass sich Amerikas Verbündete gegen den eigenen Schutzpatron wenden würden, statt russisches und chinesisches Fehlverhalten abzustrafen.

Dabei wird gerade gegenüber Russland mehr statt weniger Härte wohl unabdingbar sein. Öffentliche Appelle an Moskau, doch bitte zum Vertrag zurückzukehren, werden nicht ausreichen. Auch ein neues Rüstungskontrollregime – eventuell unter Einbeziehung dritter Staaten –, wie zu Recht von Außenminister Maas gefordert, ist ohne Druck auf Moskau nur schwer vorstellbar. Das Problem ist, dass das stärkste Druckmittel – die Stationierung neuer US-Raketen – den eigenen Interessen (noch) zuwider läuft. Blicke also wieder nur das Mittel der wirtschaftlichen Sanktionen. Aber auch hier wäre der Erfolg alles andere als sicher. So haben die bisherigen Sanktionen der EU dem Minsker Prozess noch zu keinem Durchbruch verholfen. Braucht es also stärkere Drohungen, auch aus Deutschland, beispielsweise im Hinblick auf die Pipeline „Nordstream 2“?

Sollten die kommenden Monate keinen unerwarteten diplomatischen Durchbruch bringen, müssen sich die Europäer auf turbulente Jahre einstellen. Neben der eigenen innereuropäischen Solidarität sollten sie dabei auch die maximal mögliche Nähe zu den ebenfalls betroffenen Verbündeten in Ostasien suchen, um den ‚worst case‘ – eine erneute Nachrüstung – zu verhindern.